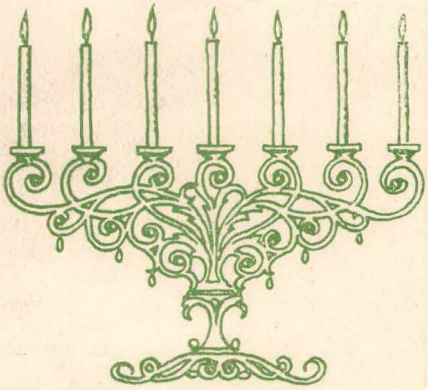
AUS DER VERGANGENHEIT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE ZU OFFENBACH AM MAIN



Zur Einweihung
der neuen Synagoge
herausgegeben von Dr. Guggenheim
1915.

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort . . . . . Seite 5 — 7
Einleitung . . . . . „ 9 — 15
Akteninventar der iſraelitiſchen Religionsgemeinde Offenbach . . . . . „ 17 — 37
Anlagen . . . . . „ 39 — 107
I. Einrichtung der Gemeinde ‹Statuten, Synagogenſitze› 1706. . . . . „ 40 — 50
II. Gräflich Iſenburg-Birſteinſche Privilegien für die geſamte Judenſchaft in Offenbach. 1719 Juli 27, 1764 Aug. 16. . . . . „ 51 — 64
III. Fürſtliche Verordnung, Änderung der Beſtimmungen über das Finanz- und Rechnungsweſen betreffend 1745 Febr. 17 . . . . . „ 65 — 76
IV. Erneuter Vertrag mit den Juden zu Sprendlingen, Götzenhain, Hain und Offenthal über Teilnahme am Offenbacher Friedhof. 1725. . . . . „ 77 — 79
Va› Beſtandbrief über Ablöſung des Leibzolls fremder Juden für die Jahre 1748—1751 . . . . . „ 80 — 82
Vb› Abſchaffung des Leibzolls im Fürſtentum Iſenburg—Birſtein. 1803 . . . . . „ 83 — 85
Vc› Befreiung Wolff Breidenbachs von allen herrſchaftlichen und Aerarialabgaben. 1803. . . . . „ 85
Vd No. 1 Averſionalaccord hinſichtlich des Sortenguldens. 1748 . . . . . „ 86 — 87
No. 2 Averſionalaccord hinſichtlich des Weinzapfacciſes. 1776 . . . . . „ 88 — 90
No. 3 Averſionalaccord hinſichtlich des Muſikgeldes. 1776 . . . . . „ 91 — 92
No. 4 Averſionalaccord hinſichtlich des Federlappengeldes. 1776 . . . . . „ 93

No. 5 Averſionalaccord hinſichtlich des Sortenguldens, Weinzapfacciſes, Muſik- und Federlappengeldes. 1810. . . . . Seite 94 — 95
Ve) Eingabe betr. Aufhebung des Sortenguldens, Weinzapfacciſes, Federlappen- und Muſikgeldes. (1815) . . . . . „ 96 — 97
Vf) Eingabe betreffend Abſchaffung der an die reformierte Pfarrſtelle zu zahlenden Neujahrsgelder. 1833 . . . . . „ 98 — 100
VI. Verwaltungsbericht. 1829. . . . . „ 101 — 107
Verzeichnis der Vorſteher ſeit 1781 . . . . . „ 108
Verzeichnis der Rabbiner ſeit 1709 . . . . . „ 109

Bildanlagen:

1) Alter Stadtplan, um das Jahr 1720.
2) Lageplan der alten Synagoge
3) Bild des Rabbiners Dr. Formſtecher
4) die Synagoge, Äußeres
5) das alte Gemeindehaus
6) die Hintergaſſe mit dem im Jahre 1900/1 umgebauten alten Hospital.
7) die Synagoge, Inneres
8) Thoravorhang
9) alte Sabbathängelampe a) Vollbild
b) Einzelne Teile

VORWORT.

Die vorliegende Schrift ſoll die Entwicklung der iſraelitiſchen Gemeinde Offenbach an der Hand urkundlicher Quellen dartun. Die Geſchichte der Gemeinde muß noch geſchrieben werden. Hier wird nur eine Einführung nebſt einer Materialſammlung geboten.

Leitender Gedanke war, die Gemeindegeſchichte in der Form des neu bearbeiteten Akteninventars zu geben, dazu Anlagen urkundlicher Art, die nicht auf die kleinen Ereigniſſe, die „Chronik" der Gemeinde eingehen, ſondern lediglich im Großen einen geſchichtlichen Rahmen abgeben. Die vorausgehende Einleitung ſoll mit Akteninventar und urkundlichen Anlagen ein Ganzes bilden.

Die Anlagen beſchränken ſich auf die alten Verhältniſſe, die in der Einleitung abgegrenzt und gekennzeichnet werden. Die jüngeren Verwaltungsdokumente haben in dieſer Veröffentlichung keinen Platz, und außerdem wird das Fehlende durch den gleichzeitig mit dieſer Schrift erſcheinenden Neudruck eines hiſtoriſchen Rückblicks über die Entwicklung der Gemeinde in der Zeit von 1821—1843 erſetzt, den der Vorſtand im Jahre 1843 unter dem Titel herausgab:

„Worte des Friedens und der Wahrheit"
„Anſprache des iſraelitiſchen Gemeindevorſtands zu Offenbach

an ſeine Gemeindemitglieder über deſſen Anordnungen und Einrichtungen ſeit 1821 bis in die Gegenwart. Offenbach. Auf Privatkoſten der Vorſteher 1843."

Dieſe Schrift erſcheint gelegentlich der Einweihung der neuen Synagoge. Dem Vorſtand der iſraelitiſchen Gemeinde, der auch die Mittel zu dieſer Veröffentlichung bewilligt hat, gebührt Dank für alles, was er im Intereſſe der Erforſchung der Gemeindegeſchichte bis jetzt geleiſtet hat.

Die Akten der Offenbacher iſraelitiſchen Gemeinde waren mit die erſten, die aus Deutſch-Iſraelitiſchen Gemeinden an das Geſamtarchiv der Deutſchen Juden in Berlin abgeliefert und dort vor weiterem Verderb bewahrt und geſichtet worden ſind. Die Frucht dieſer Tätigkeit iſt das jetzt neu geordnet vorliegende Akteninventar und die Möglichkeit ſeiner hier verſuchten Benutzung.

Ohne die Hilfe des Geſamtarchivs der deutſchen Juden wäre die Herausgabe dieſer Schrift für einen Laien unmöglich geweſen.

Gerade deshalb ſoll aber auch hier wiederholt hervorgehoben werden, daß die Urkundenpflege in dem überwiegenden Teil der jüdiſchen Gemeinden des Großherzogtums Heſſen zur Zeit nur in Verbindung mit dem Geſamtarchiv zu gedeihlicher Entwicklung kommen kann. Die Urkundenpflege iſt aber ein Beſtandteil der Heimatpflege — und dieſe zu fördern ſoll auch Zweck dieſer Schrift ſein.

Wenn wir ſehen, wie unſere Vorfahren ſich die Heimat nach ſchweren Prüfungen errungen haben, ſo werden wir Nachfahren die Heimat als etwas köſtlicheres empfinden und ſie um ſo höher ſchätzen und lieben.

Noch ehe dieſes Vorwort zur Drucklegung ging, brach der große Krieg aus, der alle Tiefen unſerer Seele ausfüllt und unſer ganzes Sinnen und Trachten gefangen nimmt. So ſoll auch dieſe Schrift nicht hinausgehen, ohne der gewaltigen Eindrücke und Empfindungen zu gedenken, die alle Deutſchen heute beſeelen.

Offenbach am Main, im Auguſt 1914.

EINLEITUNG.

Wie die Stadt Offenbach als politiſche Gemeinde in dem letzten Jahrhundert ſich zu einem blühenden Gemeinweſen entwickelt hat, ſo kann auch die iſraelitiſche Gemeinde in Offenbach hinſichtlich ihres Alters nicht in Wettbewerb treten mit den iſraelitiſchen Religionsgemeinden von Mainz oder Worms, deren Anfänge in das frühe Mittelalter zurückreichen. Offenbach iſt eine neuzeitliche Stadt. Auch die iſraelitiſche Gemeinde zu Offenbach führt in ihren Anfängen kaum vor die Zeit des 30jährigen Krieges zurück. Eine eigentliche Gemeindegeſchichte iſt erſt für die letzten zweihundert Jahre bezeugt. Vor dieſer Zeit kommen nur Einzelſiedelungen vor.

Der erſte Keim einer Judenſiedlung wurde vielleicht von Frankfurt a. M. herübergeweht, als dort im Jahre 1614 die Juden in offenem Sturme durch Vincenz Fettmilch und ſeine wilden Geſellen vorübergehend aus der Stadt vertrieben wurden. Die Fliehenden ſuchten in den Dörfern und Städten der Umgegend den erſten Schutz. Bei Offenbach wurde auf ſie geſchoſſen:

Es war uns noch nit gar wohl.
Mir forchten ſich ſehr vor ſchieſen,
Von der Brücken erab daſſelbig mal
Dann das Schiff muſt dadurch flieſſen.
Als bey Offenbach geſchehen is allbreit.

Vincenzlied.

Einige Jahre darauf, vor 1623, ſteht der Roßkam Lazarus Judt in Offenbach in gräflich Iſenburgiſchem Schutz. Nachdem er wegen der Kriegsnöte aus Offenbach hatte fliehen müſſen, wird er 1628 gegen 30 Rtl. Einzugsgeld und ebenſoviel jährliches Schutzgeld wieder aufgenommen.

Für die nächſten 65 Jahre finden ſich keine Berichte über die Anweſenheit von Juden in Offenbach. Erſt von Graf Johann Philipp von Iſenburg und Büdingen wird bezeugt, daß er am 24. April 1693 den aus Oſthofen vertriebenen Daniel und Adam dreijährigen Schutz in Offenbach gewährt hat. In ihrem Schutzbrief wird ihnen zu Gunſten der anderen Offenbacher Juden verboten, Handel zu treiben. Daraus iſt zu ſchließen, daß damals in Offenbach bereits eine gewiſſe Judenſiedlung beſtanden hat.

In den nächſten 15 Jahren muß das Anwachſen der jüdiſchen Bevölkerung durch Zuzug und Geburtenzuwachs nicht unbeträchtlich geweſen ſein; denn 1702 wurde die Schäfergaße in Judengaße umgenannt und 1708 wurde es ſogar nötig, eine eigene Judengaße anzulegen, die von der älteren „kleinen" als „große Judengaße" unterſchieden wurde.

Die formellen Geburtsurkunden der Gemeinde ſind aber erſt die Statuten von 1707 und das am 2. Januar 1708 vom Grafen Johann Philipp gewährte Privileg.

Die Entwicklung zur Religionsgemeinde muß aus der allgemeinen Entwicklung der politiſchen Gemeinde heraus verſtanden werden. Die allgemeinen politiſchen, wirtſchaftlichen, kulturellen und religiöſen Faktoren in ihrer Entwicklung und ihrem Aufeinanderwirken müſſen zur Beurteilung der Entwicklung der jüdiſchen Religionsgemeinde

herangezogen werden. Hier iſt noch viel Kleinarbeit zu leiſten, und es dürfte gerade für die Allgemeingeſchichte Offenbachs von Intereſſe ſein, der Frage näher zu treten, welchen Anteil das jüdiſche Element an der induſtriellen Entwicklung Offenbachs genommen hat und wie weit die induſtrielle Entwicklung den Zuzug von Juden beeinflußt hat; ferner wie ſich die Steuerkraft innerhalb der Gemeinde und im Verhältniß zur politiſchen Gemeinde entwickelt hat und anderer Fragen mehr.

Für die Vergangenheit ſei hier nur kurz auf das Folgende Bezug genommen.

„Als der dreißigjährige Krieg begann, war Offenbach noch keine Stadt, ſondern eine dorfartige Siedelung. Erst die 1618 erfolgte Erbteilung des gräflich iſenburgiſchen Gebietes, die für 100 Jahre eine eigene iſenburg-offenbachſche Linie ſchuf, legte den Keim einer aufſteigenden Entwicklung. In Offenbach ſtand die neue Reſidenz. Noch während des dreißigjährigen Krieges trat Offenbach dadurch aus dem Zuſtand einer loſen Siedelung in den eines Fleckens. Die entſcheidende Wendung zur Stadtentwicklung trat aber erſt mit dem Regierungsantritt des letzten Herrn der Offenbacher Linie, Grafen Johann Philipp ⟨1695—1718⟩, ein. Wenn nun im achten Jahre ſeiner Herrſchaft einem Neurecipierten der Handelsbetrieb zum Schutze der von früher her in Offenbach wohnenden Juden unterſagt wird, hat der Schluß Wahrſcheinlichkeit, daß die Aufnahme der älteren Offenbacher Juden dem Wendepunkt, den ſein Regierungsantritt bedeutet, vorausliegt, alſo bereits in die Zeit der Entwicklung vom Dorf zum Flecken fällt. Und wenn wir hören, daß Johann Philipp 1693 einige aus Oſthofen vertriebene

Juden zu bereits anſäſſigen in Offenbach aufnahm, ſo werden ſeine wirtſchaftlichen Motive illuſtriert durch die Tatſache, daß er der 1690 gegründeten Lateinſchule die Receptionsgelder der Juden ‹3 Gulden› und die für die Synagoge jährlich zu zahlende Abgabe von 18 Gulden zuwies. Aus dem Gegenſatz der Aufnahme zweier Juden mit beſchränktem Recht im Anfang ſeiner Herrſchaft und der Gemeindebildung im Jahre 1707 ergiebt ſich weiter die Stärke der Entwicklung während ſeiner Herrſchaft."

Es ſoll hier auch darauf hingewieſen werden, daß gerade Graf Johann Philipp von Iſenburg 1699 durch die Aufnahme der infolge Aufhebung des Ediktes von Nantes ausgewanderten reformierten Franzoſen das induſtrielle und großgewerbliche Leben in ſeinen Landen erweckt und dadurch die Grundlage zu dem bedeutenden wirtſchaftlichen Aufſchwung im Iſenburger Gebiete geſchaffen hat.

Neben den humanitären haben alſo die gleichen wirtſchaftlichen Motive die Aufnahme der franzöſiſch-reformierten und der jüdiſchen Familien veranlaßt und beide haben die Erwartungen gerechtfertigt, die der weitblickende Fürſt in ſie ſetzte.

Das Privileg von 1708 iſt nicht erhalten, ebenſowenig ein zweites vom 4. November 1715. Beide ſind in einem dritten, in hebräiſcher Umſchrift erhaltenen vom Jahre 1719 erwähnt, das in erweiterter Faſſung im Jahre 1764, nachdem inzwiſchen ‹1744› das Grafenhaus in den Fürſtenſtand erhoben worden war, erneuert wurde und in dieſer Ausfertigung in der Urſchrift in den Akten der Gemeinde Offenbach erhalten iſt.

Der weſentliche Inhalt der Privilegien ſind Beſtimmungen

über Synagoge und Friedhof, Gemeindebeamtengebühren, Schatzung, Gerichtsbarkeit, Handels- und Gewerbebetrieb, Verhalten an chriſtlichen Feiertagen. Dann kommen zwei wichtige Zuſätze im Privileg von 1764: Beſtimmungen über die Verwaltung der Gemeinde durch Bau- und Kaſtenmeiſter, deren Rechte und Pflichten, insbeſondere im Verhältnis zur Stadt und zur Herrſchaft, und Beſtimmungen zur Abtragung der hohen Gemeindeſchulden. Aus dieſen Beſtimmungen werden die Formen einer organiſierten Gemeindeverwaltung deutlich, zugleich aber wird auch erſichtlich, daß die Verſchuldung der Gemeinde eine natürliche Folge von Anordnungen ſein mußte, die auf der einen Seite dem Handel und Wandel der Juden in Offenbach enge Schranken zogen und auf der anderen Seite ſie durch Gebühren und Schatzung zu ergiebigen Geldquellen machten. In dieſer Lage ſtehen die Offenbacher Juden nicht allein da. Was ſich bei ihnen zeigt, gilt im weſentlichen von allen jüdiſchen Gemeinden in Deutſchland während des 18. Jahrhunderts.

Das Privileg von 1719 bezw. 1715 iſt über 100 Jahre lang die Grundlage des Offenbacher Judenweſens geblieben. Im einzelnen wurde es in dieſer Zeit in vielem geändert, ſeine Grundlagen blieben aber dieſelben. Erſt von 1803 an, dem Jahre, da durch die Bemühungen des Offenbacher Juden Wolff Breidenbach in ganz Deutſchland der Leibzoll zu fallen begann, bröckelte langſam ein oder das andere Stück der alten Einrichtungen ab. Stärker wurde das Beſtreben nach modernen Einrichtungen erſt, als Iſenburg mediatiſiert und Offenbach heſſiſch geworden war. Die Erklärung der Juden zu Staatsbürgern im Jahre 1840 entzog einem Judenprivileg

endlich den Boden. Inhalt und Form waren nun tot, die Gnade war durch das Recht erſetzt. Auf Grund der heſſiſchen Verfaſſung von 1820 und der ſich anſchließenden Geſetzgebung erfolgte unter ſchweren inneren Kämpfen, die namentlich die Schuldablöſung und den Gegenſatz von „orthodox" und „liberal" betrafen, langſam die Neugeſtaltung der Gemeindeverhältniſſe.

Immer wieder drängt die Neugeſtaltung aller Verhältniſſe auch in den Gemeindeordnungen zu Änderungen. Die Gleichartigkeit der Vorausſetzungen mußte es im Heſſenlande ebenſo wie in anderen deutſchen Staaten nahelegen, von Staatswegen die Verhältniſſe der Gemeinden generell zu regeln. Zweimal iſt der Verſuch gemacht worden, obwohl die jüdiſchen Gemeinden zu den Vorarbeiten in weitem Maße herangezogen wurden, ließ die Uneinigkeit die durch den Einſpruch einer kleinen orthodoxen Minderheit herbeigeführt wurde, das Werk nicht zu einem guten Ende kommen. —

Da dieſe Schrift gelegentlich der Einweihung der neuen Synagoge erſcheint, ſo ſind als Anlage dieſer Schrift Abbildungen, die auf die Synagoge und den Gottesdienſt Bezug haben, beigegeben. —

In einem geſchichtlichen Rückblick über die iſraelitiſche Gemeinde zu Bürgel vom Jahre 1829, der ſich handſchriftlich bei den Akten dieſer Nachbargemeinde befindet, ſteht die Notiz, daß vor der Erbauung der Synagoge zu Bürgel das Betlokal ſich in einer Turmſtube befunden habe, und daß anfangs auch die Offenbacher dorthin zum Gottesdienſt gekommen ſeien. Das kann ſich nur auf die Zeit vor 1707 beziehen. Für dieſes Jahr iſt durch den Plan der Plätzever-

teilung ‹Anhang zu den älteſten Statuten, S. 47› der Beſtand einer eignen Stätte für den Gottesdienſt bezeugt. Es iſt fraglich, ob damals ſchon eine Synagoge beſtand oder nur eine Betſtube.

Auch aus den Schriftſtücken über den Synagogenbau von 1728/1729 iſt darüber nichts zu erſehen.

Der Neubau dieſer Jahre blieb durch faſt zwei Jahrhunderte der Mittelpunkt der Offenbacher Juden. Innen — ſo z. B. durch Wolff Breidenbach 1821 — und außen wurde er oft verändert, am ſtärkſten im Jahre 1832, als ein Anbau für die Frauenſynagoge vorgenommen wurde, um für die von 30 auf 254 angewachſene Zahl notwendiger Männerſitze Raum zu gewinnen. Noch im Jahre 1901 verſuchte man mit dem Einbau einer Frauengalerie, dem alten Bau neuen Raum abzugewinnen. Aber die dauernd anwachſende Zahl der Gemeindemitglieder und die geſundheitlichen und baulichen Forderungen unſerer Zeit geboten es bald, das alte als veraltet zu erkennen und einen der iſraelitiſchen Gemeinde und der Stadt Offenbach würdigen Neubau zu errichten.

Der Neubau, dem ſich Räume für Unterricht und Geſelligkeit angliedern, ſoll wie in alter Zeit dem Gebet und der Belehrung dienen. Er ſoll in ſeiner künſtleriſchen Geſtaltung die Innigkeit der Gebetsſtimmung erwecken und den Mittelpunkt des Gemeindelebens bilden.

Er ſoll ein Ausdruck des Geiſtes ſein, der die Gemeinde in die Höhe geführt hat, und er ſoll der Gemeinde ein Mahner ſein zum Streben nach weiterer ſittlicher Vervollkommnung.

Akteninventar der israelitiſchen Religions-gemeinde Offenbach a. M.

Das Inventar, das in den Mitteilungen des Geſamtarchivs der deutſchen Juden I 1909 S. 49 — 61 veröffentlicht wurde, erſcheint hier mit zahlreichen Nachträgen und Aenderungen der Signaturen und der Titel.

Die Titel, welche mit Buchſtaben ſigniert sind, umfaſſen ganze Faszikel, die Untertitel mit vorgerückten Jahreszahlen einzelne Materien innerhalb der Faszikel. In Anmerkungen ſind die betreffenden Akten des Fürſtl. Iſenburg-Birſteinſchen Archivs zu Birſtein, des Kreisamts zu Offenbach und der Bürgermeiſterei zu Offenbach hinzugefügt.

Ordnungsplan:

A. Oeffentlich- rechtliche Verhältniſſe.
B. Organiſation und allgemeine Verwaltung.
C. Grundſtück und Bauten.
D. Finanzweſen.
E. Kultus und Schulweſen.
F. Kranken- und Armenweſen.
G. Vereine und Stiftungen.
H. Literalien.

Literatur:

Königfeld, Geſchichte und Topographie der Fabrik- und Handelsſtadt Offenbach, Off. 1822. *Heber,* Geſchichte der Stadt Offenbach, Frankfurt a. M. 1838. *Worte des Friedens und der Wahrheit.* Anſprache des Iſraelitiſchen Gemeindevorſtandes zu Offenbach am Main an ſeine Gemeindeglieder über deſſen Anordnungen und Einrichtungen

ſeit 1821 bis auf die Gegenwart. Off. 1843. *Denkſchrift* betr. die von der iſrael. Religionsgeſellſchaft in Offenbach gewünſchte Anſtellung eines zweiten Schächters, ſowie auch das Verhältnis dieſer Geſellſchaft zur Israelit. Religionsgemeinde im Allgemeinen. Als Manuscript für die I. T. Behörden gedruckt. Off. 1864. *Feſtbericht* über das 50jährige Dienſtjubiläum des Gr. Rabbiners Herrn Dr. Formſtecher am 1. 10. 1882 zu Offenbach a. M. Herausg. von C. Forger. Off. 1883. *Pirazzi,* Bilder aus Offenbachs Vergangenheit, Off. 1879. *Silberſtein,* Wolf Breidenbach und die Aufhebung des Leibzolls in Deutſchland ⟨Zeitſchr. f. d. Geſch. der Juden in Deutſchland V 1892 S. 126f. 345⟩. *Sommerlad,* Geſchichte des öffentlichen Schulweſens in Offenbach, Off. 1893. *Hager,* Die Lederwareninduſtrie in Offenbach a. M. und Umgegend 1905. *Pirazzi,* Offenbachs Wohltätigkeitsanſtalten, ihre Organiſation und ihr Wirken, 1858. Offenbacher Judeneid, 1613, mitgeteilt aus dem Offenbacher Schöffenbuch von *A. Saalwächter* in den Gemeinnützigen Blättern für Heſſen und Naſſau 1911 S. 335. Mitteilungen des *Geſamtarchivs* der deutſchen Juden I 1909 S. 49–66. *Streb,* Die Entwicklung der Krankenverſicherung in Offenbach. Off. 1910. Darin S. 18–22: *Guggenheim,* Die Entwicklung des Krankenkaſſenweſens in der israelitiſchen Gemeinde zu Offenbach a. M. *F. Schwarz,* Abriß derGeſchichte von Offenbach a. M. und Umgebung. Off. 1911.

A. Oeffentlich-rechtliche Verhältniſſe.

1. Privilegien für die geſamte Judenſchaft in Offenbach [1]

a) von 1719 Juli 27, Abſchrift in hebr. Schriftzeichen;
b) von 1764 Aug. 16, Original; angeheftet Nachtrag von 1769 Febr. 2, Original: Befreiung in O. Geborener vom Einzugsgeld und aller vom 10. Pfennig in Rückſicht ihres beweglichen Vermögens und ihrer Mitgiften bei Verheuratung ihrer Töchter an Auswärtige.

2. Schutzverhältniſſe.[2]

a) Schutzrecht 1753—1848.
1787: Beibehaltung des Schutzes bei zeitweiligem Wegzug betr.
1799. 1805. 1810: Probeſchutz.
1803/04: Schutzgeldfreiheit des Gemeindebeglaubten und des Klöppers.
1818: Allg. Verordnung, die Aufnahme in den Schutz betr.
1824: Aufhebung des Schutzgelds und Rückzahlung der Kautionen betr.

[1] Anlage 2. Akten des Kreisamts, Abt. XII, Angelegenheiten der Juden. 1. Abſchnitt: Politiſche Stellung im Staate überhaupt, nr. 3: Verordnung gegen die Heirat geſchwächter Jüdinnen, 1776; nr. 18—20: betr. Konfirmation der Privilegien, 1762/63.

[2] Fürſtl. Iſenburg-Birſteinſches Archiv nr. 3915. 3916. 3918. 3981. 3920. 3921. 3922. 3926. 3929. 3930: Schutzverhältniſſe von Juden in Offenbach 1693—1826.

1826—1827: Übertragung des Schutzes, die Pflichtvermögen.

1832: Anmeldung der Schutzaufnahme.

b) Temporalſchutz und Aufenthaltsrecht 1796—1847.

c) Heiratskonzeſſionen 1798—1823.

3. Beſondere Abgaben.[1]

a) Schutzgelder:[2]

1725: Schutzgeldfreiheit im erſten Ehejahr.

1747: Vorausbezahlung der Quartalſchutzgelder.

1770: Zehn- bzw. zwanzigjährige Schutzgeldfreiheit für das zu erbauende Gemeindehaus.

1803. 1820—23: Zahlung, Erlaß und Aufhebung.

b) Leibzoll und Geleit:

1748—1793: Averſionalakkorde mit der Judenſchaft gegen Zahlung von Beſtandsgeldern.

1763: Leibzollerpreſſungen auf hanauiſchem Gebiet.

1776: Sonntagspäſſe für Frankfurt a. M.

1800: Leibzoll der büdingenſchen Juden Offenbach.

[1] Fürſtl. Iſenburg-Birſteinſches Archiv nr. 3683. 3907: Abgaben von Juden in Offenbach 1739—1799. Betr. die für die Konzeſſion zum Synagogenbau jährlich zu zahlenden 18 Gulden, 1738: Kreisamtsakten nr. 8.

[2] Verzeichnis der Einnahmen von Schutz- und Ortskaſſengeldern, Juli bis Dezember 1816: Städt. Akten.

1803: Verordnung betr. Abſchaffung des Leibzolls im Fürſtentum Iſenburg-Büdingen mit Ausnahme der Ortſchaften des Dreieicher Amts.

1806: Befreiung der iſenburg-büdingenſchen Untertanen vom Meßgeleit auf Darmſtädter Gebiet.

c) Sortengulden, Weinzapfakzis, Federlappen- und Muſikantengelder: [1]

1740—1809: Averſionalsakkorde gegen Zahlung von Beſtandsgeldern.

1818—1821: Zahlung rückſtändiger Beſtandsgelder für 1804—1815.

1815 (?): Eingabe, Aufhebung der beſonderen Abgaben betr.

1825. 1828: Niederſchlagung der für 1816—1820 reſtierenden Sortengulden und Federlappengelder.

d) Abgaben für Begräbniſſe (1808—1810) und fremde Hochzeiten (1810—1815) 1811. 1827 [2].

e) Abgaben von außer Landes gehenden Vermögen betr. 1766 [3].

f) Laternenkaſſengeld 1798—1823 [4].

[1] Anlagen nr. 5.

[2] Für 1803—1808 ſ. unter c, 1818—1821, für 1816—1820 unter c, 1825. 1828. Die verſpäteten Zahlungsforderungen hängen in dieſer und den folgenden Nummern mit den Verhandlungen über Aufhebung der beſonderen Abgaben zuſammen.

[3] Vgl. A 1 b.

[4] S. auch unter D 4.

g) Ortsbaukaſſengeld bis 1823, 1827.

h) Polizeidienergeld 1801 — 1822 [1].

i) Außerordentliche Beiträge:

1750: für den Bau der Stadtmauer.

1799: für Kriegsbotengänge.

1803: für Errichtung einer Barriere und eines Schlagbaums.

1803: für Anſchaffung einer ſtädtiſchen Feuerſpritze.

1806: für Extrawachten.

k) Bittſchrift ſämtlicher Israeliten des Großherzogtums Heſſen um Aufhebung aller auf den Juden als ſolchen laſtenden beſonderen Abgaben 1823.

l) Aufhebung der an die evangeliſchen Geiſtlichen zu zahlenden Neujahrsgelder 1835.

m) Aufhebung der an den Glöckner der reformierten Kirche zu zahlenden Läutbatzen 1845/46.

4. Handels- und Gewerbeſachen 1763–1836 [2].

o. J.: Verzeichnis der bürgerliche Gewerbe lernenden Israeliten (aus dem Anfang des 19. Jahrh.).

1824: Einſchreibung isr. Lehrlinge in die Offenbacher Metzgerzunft.

[1] Für 1806—1808 s. unter c 1818—1821.

[2] Fürſtl. Iſenburg-Birſteinſches Archiv nr. 3466. 3468. 3501. 3578. 3582. 3610. 3636. 3640. 3643. 3650. 3995: Handel- und Gewerbeſachen 1785—1826. Städtiſche Akten: Akquiſition von Immobilien durch Juden 1838.

1826: Aufhebung der 1726 verordneten gerichtlichen Erklärung heiratender Jüdinnen über Handelsgemeinſchaft mit ihren Ehemännern.

1836: Annahme Offenbacher Lehrlinge durch den Verein zur Beförderung der Handwerke unter den Israeliten.

5. Familiennamen.

Annahme und Veränderung 1826 ⟨1808⟩—1833.

6. Militaria 1812–1850.

1821—1850: Muſterungen.

7. Polizeiſachen.

1756: Teilnahme am Feuerlöſchdienſt.

1782—1832: Fremde und Bettler.

1806—1813: Öffentliche Geſundheitspflege.

8. Staats- und Ortsbürgerrecht 1821–1849.[1]

o. J.: Verzeichnis der isr. Bürger ⟨wohl aus dem Anfang der zwanziger Jahre⟩.

1826. 1831: Aufenthalt außerhalb Offenbachs.

1827: Anmeldung der Rezipierten.

1829: Ermäßigung der Einzugspräſtanda für Handwerker.

9. Staatsbürgerliche Gleichſtellung.

a⟩ Änderung bezw. Aufhebung der in Heſſen für Israeliten beſtehenden zivilrechtlichen und prozessualen Ausnahmegeſetze betr.

Darin: über Judeneid, Zeugnisfähigkeit Chriſten

[1] Bürgeraufnahme betr., 1860—1865: Städt. Akten.

gegenüber, Ungültigkeit der Zeſſion von Darlehen über 20 Gulden, Erwerb von Grundeigentum u. a. m.

b) Verein zur Verbeſſerung des Zuſtandes der Israeliten 1831 bis 1842.

c) Vorverhandlungen einer Beratung der Gemeindevertreter der Provinz Oberheſſen und Starkenburg, die Emanzipation und die Konſiſtorialverfaſſung betr. 1833.
Darin: Protokoll der Verhandlung von Gemeindevertretern der Rheinprovinz in Mainz am 25. Dez. 1833, bürgerliche Verbeſſerung und Konſiſtorialverfaſſung betr.

d) Vorverhandlungen von Beratungen heſſiſcher Gemeindevertreter, die bürgerliche Gleichſtellung betr. 1846. 1848 [1].

e) Betr. die Darmſtädter Vorſtellung über das Verhältnis der bisherigen heſſiſchen Schutzjuden 1849.

f) Rechtſtellung der jüdiſchen Gemeinden in Heſſen 1863. 1873.

g) Geſuch um Gewährung eines Staatsbeitrags zur Beſtreitung der Kultuskoſten 1888.

[1] Bitte des Jul. Maier und Kons. wegen Zuſammberufung einer israel. Synode, 1849: Akten des Kreisamts nr. 26.

B. Organiſation und allgemeine Verwaltung.[1]

1. Gemeindeverwaltung im allgemeinen 1780–1889.

o. J.: Statuten, zwei verſchiedene, aus dem 18. Jahrh.

1780: Reſolution über einige Punkte der von der Judenſchaft entworfenen Verordnung [2].

1824: Gemeinde-Reglement [3].

1829: Bericht über die Verwaltungsform der Gemeinde.

1867: Geſuch mehrerer Permiſſioniſten um Gleichſtellung in der Synagogen- und Friedhofsordnung [4].

1850–1874: Aufnahme in die Gemeinde.

1877–1889: Austritt aus der Religionsgemeinde bezw. Religionsgemeinſchaft.

2. Gemeindeſtatiſtik.

a) Perſonenſtandsregiſter vom Anfang des 19. Jahrh., letzter Eintrag von 1825, älteſtes Geburtsdatum von 1714.

[1] Bildung der Verbände der israel. Gemeinde betr. 1831–1867: Städt. Akten.

[2] Die Verordnung fehlt in den Gemeindeakten, iſt in Übers. aus dem Hebräiſchen erhalten in den Kreisamtsakten (nr. 5). nebst Vorakten (nr. 22. 23. 13. 25. 24).

[3] Dazu B 3 a unter dem J. 1830.

[4] Vgl. B 3 a unter dem J. 1872.

b) Einrichtung von Geburts-, Trauungs- und Sterberegiſtern 1805—1812.

c) Geburtenverzeichnis 1805—1824.

d) Mitgliederverzeichnis Mitte des 19. Jahrh.

e) Statiſtik der Gemeinde 1872.

3. Verwaltungsbeamte.

a) Vorſteher 1776. 1796—1890[1].
Darin: 1824. 1830. 1841. 1848—1850. 1868. 1869. 1878. 1882: Verordnungen über Bildung der Vorſtände.
1822. 1823: Wahlen von Reviſoren für die Gemeinderechnungen aus den Jahren 1819—1822.
1830: Änderung der Gemeindeſtatuten.
1859: Funktionen des Vorſtandes[2].
1872: Reklamation der Permiſſioniſten wegen Ausſchlußes aus der Wahlliſte.

b) Gemeinde-Rechner 1831—1882.

c) Gemeinde-Sekretär 1826—1860.

d) Gemeinde- und Synagogendiener 1831—1877.

4. Spezielle Verwaltungsakten des Vorstands.

a) Aktenregiſter, angef. 1777—1781.

[1] Fürſtl. Iſenburg-Birſteinſches Archiv nr. 3993: Vorſtand 1817—1826: Für die älteren Wahlen ſ. B 4 b.

[2] Rabbinen und Baumeiſters (= Vorſtehers) unbefugte anmaßung. 1728. Kreisamtsakten nr. 11.

b) Geſchäfts- und Protokollbücher 1706—1739.
1739—1781. 1781—1821. 1825—1829.
1834—1854. 1850—1851. 1864—1899.
1873—1877.

Die älteren Bände dienen vielfach zugleich als Kopialbücher, von 1826—1852 zugleich als Regiſtraturbücher, bisweilen auch für Gemeindebeſchlüſſe, unter welchen die Statuten ⟨die älteſten von 1707⟩[1]. Eigentliche Protokolle, u. zw. ausſchließlich, von 1850 an.

c) Kopialbücher:
1786—1797: Kopien von Berichten an das Oberamt.
1821—1822. 1823: allgem. Kopienbücher.

d) Beurkundungen:
1787—1872: Vormundſchaften, Verlaſſenſchaften Erbverteilungen, Kuratelſachen betr.
1806—1867: Todes- und Geburtsſcheine, Leumundszeugniſſe.
1837—1875: Heiratsſcheine.
1865—1869: Todesſcheine.
1827—1846: Eintrag der von dem Vorſtand ausgeſtellten Zeugniſſe.

5. Protokollbuch des Gemeindebeglaubten. 1768–1787.

6. Verlaſſenſchaften[2] *1768–1819.*

[1] Anlage 1.
[2] Vgl. vorhergehende Nummer.

C. Grundſtücke und Bauten.

1. Synagoge.

a) Beiträge auswärtiger Gemeinden für den Synagogenbau.[1] 1728/29.
b) Rechnungsbuch über den Synagogenbau. 1729/30.
c) Innenbauten und Reparaturen. 1778. 1821—1869.
d) Verpachtung des Synagogenhofs. 1828.
e) Jahresverzeichniſſe der Schulſeſſelmieten. 1818. 1821—1830.
f) Schulſeſſelbücher. 1821 fg. 1887:
g) Verkauf und Verpachtung der Synagogenſtühle. 1749. 1760. 1773. 1837—1902.
h) Kartenſkizzen der Synagoge.

2. Gemeindehaus nebſt Frauenbad und Backofen.

1770—1864: Bauten und Reparaturen.
1821—1866: Verpachtung
Darin: 1773. 1829. 1862—1869: Pflaſterung, Kanaliſierung und Reinigung der Straße am Gemeindehauſe.

3. Hospitalgebäude.

1751: Kauf.
1842—1858: Reparaturen.

[1] Fragmentariſch erhalten und nicht in der urſprünglichen Blätterfolge. Die erhaltenen Namen ſind in alphabetiſcher Folge: Anhalt, Berlin, Biſenz, Brandeß, Breſlau, Brody, Derneburg, Dresden, Frankfurt a. O. Gelnhauſen, Glogau, Halberstadt Halle, Hamburg, Hamm, Hannover, Hildesheim, Holleſchau, Hotzenplotz, Jenkau, Krummenau, Mattersdorf, Mislow, Oppenheim, Prag, Preßburg.

1855—1868: Vermietung einer Wohnung im Hospitalgebäude.

1855: Verpachtung des Hospitalhofs.

4. Friedhof.[1]

a) Grundſtück, bauliche Anlagen, Allgemeines 1725 bis 1902.

1725: Erneuter Vertrag mit den Juden zu Sprendlingen, Götzenhain, Hain und Offenthal über Teilnahme am Offenbacher Friedhofe.[2]

1787/8: Kontribuierung ders. zu den Koſten der Friedhofserweiterung.

1787/8: Nachzahlung des Rückſtands ders. von 1725 an.

1872: Zuteilung der Juden zu Dreieichenhain zu dem Friedhof in Sprendlingen.[3]

1873. 1875: Betr. Anteil der Juden zu Dreieichenhain, Sprendlingen, Götzenhain und Offenthal an dem alten Friedhof in Offenbach.

1875: Zuteilung der Juden zu Götzenhain und Offenthal zu dem Friedhof in Dreieichenhain.[4]

[1] Fürſtl. Iſenburg-Birſteinſches Archiv nr. 3986: Friedhof.

[2] S. Anlage 4. Auf demſelben Blatte eine Vereinbarung von 1737, Betteljuden betr., bezeichnet als Kopie aus dem Landgemeindebuch.

[3] Angelegt 1861.

[4] Angelegt 1875.

1857—1860: Schließung des Friedhofs wegen Erweiterung des Stadtbauplans.
1861 Kartenſkizze des Friedhofs.
1872: Verkauf eines Teils des alten Friedhofs für den Bahnbau Hanau—Offenbach.
1889—1902: Einräumung eines Teils des ſtädtiſchen Friedhofs an die israel. Gemeinde.
1821—1876: Verpachtung des Friedhofsgraſes und eines dazu gehörigen Ackers und Gartens.

b) Beerdigungsweſen 1826—1877.

c) Überführung von Leichen vom alten auf den neuen Friedhof 1872.

5. Verpachtung eines der gemeinen Judenſchaft gehörigen Platzes an der Stadtmauer 1795.

D. Finanzen.

Allgemeines.

1. Fürſtl. Verordnungen über das Finanz- und Rechnungsweſen 1744. 1745.
2. Kapitalaufnahmen 1727—1880.
3. Kapitalausleihungen und Außenſtände 1846. 1863—1875.
4. Schuldeneintreibung, meiſt Steuerrückſtände 1804—1855.
5. Bildung eines Schuldentilgungsfonds und einer Schuldentilgungsdeputation 1823.
6. Beteiligung der Gemeinde am Ertrag des ſtädtiſchen Leihamts 1826.

Steuerſachen.

7. Fürſtl. Verordnungen über die Schatzungsſätze 1740. 1770.
8. Verordnung über Friſten zu Supplikationen um Erlaß herrſchaftlicher Abgaben und Strafen 1766.
9. Einzugsgelder 1764—1875.

   1764: Verlängerung der 1738 gegebenen Erlaubnis, von Neurezipierten ſich außerdem gewöhnlichen Einzugsgeld noch 100 Gulden zur Schuldentilgung zahlen zu laſſen.

   1767. 1778: Befreiung der Einheimiſchen vom Einzugsgeld.

   1773—1778: Die beſondere zehnjährige Abgabe neu in den Schutz Kommender.

   1817: Aufſtellung über alle Einzugsgelder.

10. Voranſchläge 1820—1888/9[1], mit zwei Anlagen:
    a) Vermögens- und Schuldennachweiſung von 1862 an.
    b) Durchſchnittsberechnungen und Rechnungsüberſichten von 1867 an.

    Außerdem darin:

    Krediterweiterung betr. in den Voranſchlägen für 1846 und 1853; Verwendung der Zinſen der Speyerſchen Stiftung betr. in dem Jahrgang 1851.
11. Kommunalumlagen 1812—1879.
12. Steuer-Ausſchläge für das Rabbinergehalt 1832—1874.

    1836: Beiträge des Rabbiners zu den israel. Gemeinde- und Landjudenſchaftsſteuern uſw.

[1] Die Jahrgänge 1824—1828. 1830. 1833—1835. 1808—1870. 1879 fehlen.

13. Heberegiſter 1848—1872[1].
14. Beitreibung der Gemeindeſteuern 1812—1879.
    1823: Die einzelnen Einzugsabgaben.
    1829: Gemeindeabgaben in genere.
    1830f.: Petition, die Gemeindeſteuern nicht auf die Normal- ſondern auf die Perſonal-ſteuerkapitalien auszuſchlagen.
    1831: Befreiung der Stiftung „die Clauß" von der Kommunalſteuer.
    1835: Anlage von 1803: Befreiung a) des Hof- und Kammeragenten Wolf Breidenbach[2] u. ſ. Frau von allen herrſchaftlichen und Ärarialabgaben, ausgenommen die ſtädtiſchen und den zehnten Pfennig; b) ſeiner Kinder vom Schutzgeld.
    1839: Einführung der Klaſſenſteuer.
    1856: Beſteuerung auswärts wohnender israel. Bürger.

Kaſſenſachen.

15. Kaſſenjournale (nach Namen) 1710—1713. 1733—1735. 1744/5. 1746/7.
16. Daß., chronologiſch 1759—1764. 1772—1782. 1782—1799. 1800—1806. 1820—1837. (Einnahmen u. Ausgaben, 6 Bde.). 1837—1870 (Einnahmen 2 Bde.). 1837—1847. 1879—1883. (Ausgabe, 2 Bde.).
17. Wochengeldereinnahme 1813. 1846—1850.

[1] Die Jahrgänge 1840. 1853. 1862. 1864. 1867. 1868. fehlen.

[2] Vgl. Anlage.

18. Steuerkaſſenbücher 1820—1831. 1877—1882.
19. Mizwoth-Kaſſebücher 1800—1826.
20. Caſſa-Manuale 1807—1835.
21. Hauptbücher 1716—1753. 1759—1772. 1792—1821.
22. Inventare des Gemeindevermögens und der Schulden 1816. 1817. 1819.
23. Kapitalkonto 1855—1886.
24. Regiſter über Ausgabeanweiſungen 1860—1878.
25. Abſchluß und Reviſion der Gemeinderechnungen 1774. 1826 ⟨1819⟩—1875.
26. Allgemeines Tagebuch des Rechners 1877—1904/05.
27. Hilfstagebuch für die Gemeindekaſſe 1885—1906.
28. Hilfstagebuch für die Schulkaſſe 1877—1885.
29. Handbuch über die Einnahmen und Ausgaben 1869—1904/05.
30. Jahresrechnungen nebſt Rechnungsbelegen 1860—1904/05[1].

E. Kultus und Schulweſen.

Perſonalia.

1. Rabbiner 1821—1890.
   Anlage: Geſchäftsbuch des Rabb. Dr. Formſtecher 1842 bis 1876.
2. Vorſänger und Lehrer 1856—1885.
3. Vorſänger und Diener 1830—1885.

Kultus und Synagoge.

4. Bildung des Rabbinatsſprengels 1824—1859.

[1] Rechnungen oder Belege oder einzelne Rechnungsgruppen fehlen bisweilen.

5. Synagogen- und Gebetsordnungen, Kultusutenſilien 1810—1879.
   Darin: Photographie eines Thoraſchreinmantels mit Aufſchrift 1725.
6. Mizwothbuch.
7. Veranſtaltung beſonderer ſynagogaler Feſtlichkeiten 1820—1873.
8. Kinderkonfirmation 1837—1867.
9. Trauungen 1837. 1865—1867.
10. Beerdigungsſachen 1827—1873, 1913 und Totenbücher:
    a) 1711—1860[1].
    b) Zwei Verzeichniſſe alter Grabdenkmäler, aufgenommen 1886.
11. Schächtſachen 1775—1873.
12. Oſtermehl 1786—1823.
13. Frauenbad 1823—1873.

Schulweſen.

14. Elementarſchulweſen und Religionsunterricht in den allgemeinen Schulen 1823—1879.
    1874: Abgelehnte ſtaatliche Beihilfe zur Beſoldung von Rabbiner und Religionslehrer.
    1875: Anſtellung eines israel. Lehrers am Seminar in Friedberg betr.
    1876: Begründung einer Stiftung zur Unterſtützung israel. Lehrerſeminar-Zöglinge.
15. Israel. Religionsſchule 1857—1859.
    1864. 1870: Die Schulkommiſſion betr.

[1] Im älteren Teil Abſchrift von 1800.

F. Kranken- und Armenweſen.

1. Israel. Hospital
   a) Statuten und Allgemeines 1822—1858. 1889.
   b) Verwaltungsperſonal.
   c) Hospitalkommiſſion 1830—1876.
   d) Ärzte 1856.
   e) Wärter 1825—1871.
   f) Rechnungsſachen.
      1821—1883: Rechnungen.
      1851—1899: Kaſſabuch.
      1851—1898: Kaſſenkontrolle.
      1853—1879: Kontrolle über die der Hospitalkaſſe von dem Vorſtand überwieſenen direkten und indirekten Gefälle.
      1880—1899: Pflichtbeiträge.
      Kapitalkontobücher.
2. Stiftungen.
   a) Speyerſche Stiftung.
      Sicherung der Stiftungsgelder 1822 ⟨1807⟩—1855.
      Unterrichts- und Schülerbekleidungsſtiftung 1840—1863.
      Mazzothſtiftung 1831. 1843—1889.
      Verteilung von Holz und Kohle 1855—1897.
   b) Holzverteilung von der Feuerungshilfskaſſe in Frankfurt a. M. 1856—1880.
   c) Dass. von der Stiftungskaſſe des Freiherrn C. M. v. Rothſchild in Frankfurt a. M. 1873—1897.
   d) Unterſtützungen aus der Stiftungskaſſe des Freiherrn A. M. v. Rothſchild in Frankfurt a. M. 1856—1899.

e) Dass. von der Stiftung von I. I. Herz Söhne in Frankfurt a. M. 1874—1888.

f) Spendenverzeichniſſe zu einer Stiftung für die israel. Religionsſchule 1865—1889.

g) Armen-Stiftung Simon Guttenplan 1876.

h) Heymannſche Stiftung zur Zahlung von Kranken-kaſſengeldern für Arme 1894.

3. Armenpflege.
   a) Gemeinde-Pflegeramt 1742.
   b) Verordnung, die Aufbringung der Armengelder und ihre Verteilung betr. 1776.
   c) Freiwillige Beiträge, Unterſtützungsgeſuche, Unterſtützungen 1795—1880.
   d) Protokollbuch der Armenpflegekommiſſion 1827/8.
   e) Vereinigung der israelitiſchen und chriſtlichen Armenpflege 1832/3.
   f) Unterſtützung der in Rußland verfolgten Israeliten 1882.

4. Waiſenfürſorge 1824—1859.

G. Vereine und Stiftungen.

1. Beerſche Klaſſe (Klauſe): [1]
   1741: Einigung zwiſchen dem Stifter und der israel. Gemeinde.
   1768: Erneutes Privileg [2].
2. Israel. Männerkrankenkaſſe 1740—1910.

[1] Fürſtl. Iſenburg-Birſteinſches Archiv nr. 3993: Beerſche Klasse 1717—1812.

[2] Privileg von 1717: Kreisamtsakten nr. 1.

a) Annahme eines Krankenwärters 1740. 1804.
b) Geſellſchaftsverträge ‹Statuten› der älteren Männer-krankenkaſſe 1819. 1820. 1832. 1845. 1856. 1858.
c) dass. der ledigen Brüderſchaft ‹jüngere Männerkran-kenkaſſe› 1821.
d) dass. der kombinierten Männerkrankenkaſſe 1866. 1877. 1892/3. 1902. 1910.
e) Statutenbuch ‹Contrakte und Verordnungen› 1820 bis 1838.
f) Protokollbuch 1824—1864.
g) Legatenbuch.
h) Lieferungsbücher 1880—1888.
i) Kaſſabücher 1839—1851. 1853—1893.
k) Kaſſenkontrolle 1852—1874.
l) Einnahme und Ausgabebelege 1893—1898.
m) Verhandlung betr. Vereinigung des Hospitals mit dem Krankenhauſe 1880.

3. Israel. Frauenkrankenkaſſe, erneuerte Statuten von 1803. 1878. ‹1867›.
   b) Kaſſabuch 1882—1898.
4. Verein zur Ausſteuerung israel. Mädchen 1857.
5. Israel. Religionsgeſellſchaft 1862—1869.
6. Minjan-Verein, Statuten 1880.
7. Chevra kadiſcha d'erew roſch chodeſch, Neugründungs-protokoll 1834.

H. Litteralien.

ANLAGEN.

I.

Einrichtung der Gemeinde ‹Statuten, Synagogenſitze› 1706.

Aus dem Geſchäfts- und Protokollbuch des Vorſtands 1706 — 1739 (B 4 b.). Älteſtes Schriftſtück der Gemeinde, in hebräiſcher Schrift, mit vielen hebräiſchen Ausdrücken und Satzteilen, die hier in Überſetzung wiedergegeben ſind.

Dies iſt der Tag, auf den wir gehofft haben, weil wir die Gnade bekommen haben von unſerem Herrn, dem Fürſten, daß wir ein Rabbiner ſollen aufnehmen, damit wir nicht ſeien wie Schafe, die keinen Hirten haben, damit nicht Schaden und Klagen in unſeren Plätzen entſtehe, nicht ein jeder ſich ſelbſt einen Altar baue und tue, was ihm beliebt. Daher haben wir uns verſammelt, wir Stadt- u. Landjuden und haben angenommen als Rabbiner Michel Oppenheim — „einen neuen gefüllten Krug und eine volle Garbe" — und für den Rabbiner ſein Gehalt gemacht, wie im Gemeindebuch erklärt wird.

1) For das Rabbinat ſeinen die Stadt- u. Landjuden dem Rabbiner zu geben jährlich 25 Gulden Rheiniſch auf den 1. Ellul, darzu müſſen geben die Stadtjuden 2 Drittel und die Landjuden 1 Drittel.

2) Als Lohn für eine Trauung gebührt dem Rabbiner 2 Gulden wenigſtens, wenn aber die Mitgift iſt mehr als 200 Rthlr. bis 400 Rthlr., gebührt ihm von je 100 Gulden $^1/_2$ Gulden, von einem Trauſchein gebührt ihm 3 Groſchen und von jeder Urkunde 1 Groſchen.

3) Für Zeugnisabnahme gebührt dem Rabbiner 3 Groſchen,

und wenn er das Zeugnis abnehmen muß nach Art darzu kommen, muß er dieſen Leuten geben nach ihren Gutdünken.

4) Wenn der Rabbiner einem Autoriſation gibt für Schlachten und Unterſuchen, ſo iſt ſein Lohn 2 Gulden und 2 Hähne.

5) Wenn der Rabbiner einem verhört im Schlachten und Unterſuchen, iſt er verpflichtet dem Rabbiner zu geben $^1/_2$ Rthlr.; und alle drei Jahre muß ſich jeder verhören laſſen. Und jeder von ihnen, der ſich weigert und nicht verhören laſſen, alſo hat der Rabbiner die Befugnis, denjenigen abzuſetzen und ſein Schlachten und Unterſuchen verboten zu machen wie unreines[1] Fleiſch.

6) Von den Eiden des Trauſcheins gebührt dem Rabbiner 3 Rthlr.; wenn aber der Rabbiner zu tun hat mit einer Erbſchaft, mit Steitigkeiten und Prozeſſen unter den Erben, ſo hat der Rabbiner die Befugnis zu nehmen für ſeine Mühe entſprechend ſeiner Arbeit und der Erbſchaft.

7) Wenn ein Scheidebrief vorkommt,= was Gott verhüten möge= ſelbig hat keine Taxe; mögen aktieren ſo gut ſie können; bei der Entbindung von der Leviratsehe[2] =was Gott verhüte= ſei es ebenſo.

8) Bei einer Entſcheidung in Geldſachen gebührt dem Rabbiner von je 1 Gulden 4 Pfennig von jeder Seite.

9) Von einer Vorladung $^1/_2$ Gr., und wenn einer haben will, eine Vorladung ſoll ſein wie drei, muß geben $^1/_2$ Gulden.

10) Dafür iſt der Rabbiner verpflichtet, jedes Jahr zweimal

[1] Rituell unreines.

[2] Schwagerehe; nach V Mos. 25,5 iſt bei kinderloſem Tode eines Mannes deſſen Bruder verpflichtet, die Witwe zu heiraten.

hier in Offenbach zu predigen, nämlich am Sabbath Teſchuba[1] und am Sabbath haggadol[2]. Und es wurde ausdrücklich vereinbart von den zur Feſtſetzung der Statuten Gewählten, daß wenn — Gott möge ſein Gebiet vergrößern! — der Rabbiner in einer anderen Gemeinde ebenfalls aufgenommen wird und deshalb an den beiden genannten Sabbathen hier nicht ſein kann, dann der Rabbiner verpflichtet iſt hierher zu kommen und zu predigen am Sabbath vor oder nach den beiden genannten Sabbathen.

11) Alle drei Jahre ſeinen verpflichtet die Stadt- u. Landjuden eine Zuſammenkunft anzuſtellen und alle Sachen, was zu tun iſt, auszumachen und ſich zu beraten, als was zum Nutzen der Gemeinde und Bezirks iſt, und ihr Lohn ſei nach ihrem Gutdünken.

12) Die Synagogen-Vorſteher zu machen ſoll ſein in folgender Weiſe: man ſoll in die Büchs alle Gemeindemitglieder, was eine Abgabe tragen von 13 Bletten[3] oder mehr, und ſoll 6 Männer aus der Büchs nehmen, die K'ſcherim[4] zuſammen ſeinen, und den Vorſitzenden ſoll man darzu nehmen ohne Los und die ſollen die Synagogenvorſteher wählen. Wer aber keine 13 Bletten hält, ſoll zu keiner Wahl auch nicht zur Urne kommen, um abzugeben ſeine Stimme zur Wahl.

13) Die beiden Synagogen-Vorſteher, was man gewählt hat, seinen verpflichtet, jeden Monat einzuziehen, was jeder einzelne ſchuldig iſt. Und wenn ſie nicht können von ihm einziehen, so ſeinen ſie befugt aufzuſchreiben im Gemeindebuch

[1] Der Sabbath zwiſchen dem Neujahrs- und Verſöhnungsfeſt.
[2] Der Sabbath der Ankündigung des Monats Niſſan.
[3] Billets
[4] Beauftragte (wörtlich „Reine").

alles, was er ſchuldig iſt für dieſen Monat. Wenn ſie aber doch nicht können von ihm einziehen, ſo ſeinen ſie befugt, denjenigen ausrufen zu laſſen in der Synagoge und ihn zu keinem Ehrenrecht kommen zu laſſen und ihm kein Ehrenrecht laſſen zukommen.

14) Die beiden Vorſteher ſeinen verpflichtet, jedes Vierteljahr ihre Rechnung abzulegen beim Vorſteher und ihr Geld, was bei ihnen iſt, dem Vorſteher zu liefern.

15) Die Synagogen-Vorſteher ſollen haben ein beſonderes Buch. Und alle Ehrenrechte, was gekauft werden, in das Buch einzuſchreiben, nämlich was Sabbath gekauft wird, den Wochenabſchnitt dabeiſchreiben, und in der Woche den Tag dabei ſchreiben.

16) Weilen einige Beſchwerden und Streitigkeiten vorkommen wegen der ⟨S⟩porteln von einem Bräutigam und Gevatter, alſo iſt gemacht worden, wenn ein Gemeindemitglied von hier ein Gevatterſchaft hat, muß ⟨S⟩porteln geben $^1/_2$ Gulden, ein Fremder aber, der hier ein Gevatter iſt, 1 Gulden.

17) Ein Bräutigam muß ⟨S⟩porteln geben von je 100 Gulden . . . . . .[1] aber eine Witwe und ein Witwer die zuſammen Hochzeit haben, dürfen keine ⟨S⟩porteln geben.

18) Am Feſte der Geſetzesfreude iſt verpflichtet zu geben, der da hat das Ehrenrecht des Toraſchluſſes[2] $^1/_2$ Rthlr. und der das Ehrenrecht des Tora-Anfanges hat,[2] $^1/_4$ Rthlr. und das Geld ſoll vertrunken werden in der ganzen Gemeinde

[1] Unverſtändliche Abkürzung.

[2] Der Aufruf zur Vorleſung des Endes und Anfangs der Tora am Feſte der Geſetzesfreude gilt als beſondere Auszeichnung.

am Feſttag, und was man vertun wird, muß jeder aus ſeinem Beutel zahlen.

19) Segon[1] ſoll verkauft werden nur an jedem Sabbath, als man Neumond bentſcht[2] iſt der Vorſteher ein zum Tora-Aufruf Verpflichteter und beim Spenden iſt der Vorſteher mit dem älteſten der Synagogenvorſteher verpflichtet.

20) Wenn zum Aufruf Verpflichtete ſeinen, ſoll man mehr aufrufen und den zum Tora-Aufruf Verpflichteten unter den Überzähligen aufrufen. Wenn der Baal Segon[3] will, mag er den Verpflichteten unter den 7 gewöhnlich Aufgerufenen aufrufen laſſen. Am Tag, weil man nicht mehr aufrufen kann, muß der Kantor ausrufen, damit keine Streitigkeiten ſein ſollen, vor dem Verkauf des Segons, daß zum Aufruf verpflichtete da ſeien.

21) Weil bisher, wer zur Tora aufgerufen iſt geweſen, hat jedesmal müſſen geben 1 Weißen, weil man aber hat geweſen feſtgeſetzt, als man Segon verkauft, als iſt die Beſtimmung wegen Rechnung nach Weißen aufgehoben und darf nichts man zugeben.

22) Ein Fremder, der hier will Aufnahme in die Gemeinde haben, der muß wenigſtens geben Eintrittsgeld 12 Rthlr. und die Hälfte davon muß er gleich zahlen, von dem Reſt ſoll er vierteljährlich zahlen 1 Rthlr., auch wird feſtgeſetzt, in 2 Jahren zu keiner Verſammlung zu kommen.

[1] Das Ehrenrecht des Zeigens bei der Toravorleſung.

[2] Den Beginn des neuen Monats ankündigt, die Ankündigung jedes neuen Monats erfolgt am letzten Sabbat des vorhergehenden in der Synagoge.

[3] Der bei der Toravorleſung zum Zeigen Aufgerufene.

23) 2 Gemeindemitglieder von hier, die ſich untereinander verſchwägern, dürfen kein Eintrittsgeld geben.

24) Fremd Geld was kommt in unſere Gemeinde von der Mitgift einer Jungfrau oder einer Witwe, muß geben von je 100 Gulden 1 Gulden.

25) Ein Fremdes, der ſich hier mit einem verſchwägert, der muß 2 Rthlr. Eintrittsgeld geben.

26) Wenn man einen Kantor aufnimmt ſoll man dazu nehmen 7 Steuerzahler aus drei mittleren, d. h. aus der Büchſe, die K'ſcherim ſeinen zuſammen, und nach ihrer Abſtimmung ſoll die Sache entſchieden werden, und die Wahl der Vorſteher ſoll ſein in derſelben Weiſe.

27) Die Plätze, die was in der Synagoge der Gemeinde zugehören, und auch die Einzelnen, die auch Stände haben zu verlehenen in der Synagoge, darf kein Einzelner einen Stand verlehnen, wenn nicht die Gemeinde ihre Stände hat erſt verlehnet, damit die Gemeinde keinen Schaden erleidet, und wer keinen Stand verdingen will und will ſtehen in der Synagoge, ein Gemeindemitglied von hier, das muß geben doch jährlich $^1/_2$ Gulden Standgeld. Aber 3 Stände in der Männerſchul und 3 in der Frauenſchul, die der Rabbiner gekauft hat, mit denen iſt er befugt zu machen, was er will, denn ſo haben es die zur Anfertigung der Statuten Gewählten beſtimmt.

28) Die Plätze, was unter die Gemeindemitglieder iſt ausgeteilt worden, ſoll jeder geben: die ihre Stände haben an der Oſtwand je 5 Gulden und von 2 Eckſtänden bis zum dritten Platz von beiden Seiten einſchließlich 4 Gulden, und von da an nach hinten je 3 Gulden.

29) Wenn man über einen eine Strafe verhängen will, ſoll man 3 Gemeindemitglieder dazu nehmen, die K'ſcherim und den Vorſteher beſonders, und ſeine Strafe feſtſetzen und ſolches ſoll eingeſchrieben werden in das Gemeindebuch, und wenn er ſich beruft auf das Gericht, muß ein jeder ein Pfand einlegen und das Gericht entſcheidet die Sache.

30) Wenn einer wider die Gemeinde geht oder den Rabbiner oder den Vorſteher und Händel anſtellt, was nicht richtig iſt, und deswegen notwendig iſt Ausgaben zu machen, ſollen die Ausgaben auch vom Gemeindegeld gemacht werden und darf kein . . . . . [1] widerſprechen.

31) Alles was gehoben wird, ſoll ſein ein Drittel . . . [2] und alle Drittel für die Steuer auf Grund der Bletten ausgeſchlagen und gerechnet wird. Man ſoll alle Bletten zuſammenrechnen und ein Drittel von der Summe zuteilend ſein auf die Familienhäupter. Solches ſoll jeder einzelne von ſeinen Bletten abziehen und der Reſt iſt die Einſchätzung.

32) Jedes Gemeindemitglied, dem man ein Blett ins Haus ſchickt und er nimmt es nicht an, iſt der Kantor berechtigt zu eſſen und das Gemeindemitglied, das zurückgeſchickt hat, muß dem Kantor bezahlen.

[33) Eine Fremde oder ein Fremder, die hier Geſchäfte tun, dann hier heiraten, müſſen hier an die Gemeinde zahlen bis 400 Rthlr., von je 100 Reichsgulden und von mehr muß er ſich mit der Gemeinde einigen.[3]]

[1] Lücke im Text.
[2] Unverſtändliche Abkürzung.
[3] Späterer Eintrag von anderer Hand.

Verzeichnis der Plätze in der Synagoge, in der Männer- und Frauenſchul, und ihre Eigentümer.

Die Stellen rechts von der heiligen Lade und auf der rechten Seite ſelbſt:

Der Vorſteher Samuel	Nummer 1
Jakob der Ältere	„ 2
Ahron Dietz	„ 3
Weibelmann	„ 4
Herz Pauer	„ 5
Koppel	„ 6
Weibiſch	„ 7
Itzig	„ 8
Goetz	„ 9
Leib, der Arzt.	„ 10
Abraham	„ 11
Meir Schneider	„ 12
Moſche	„ 13
Jakob, Diener	„ 14
Jakob, der Arzt	„ 15
Michel, der Lehrer	„ 16
Seckel, der Lehrer	„ 17
Witwe Feierle, Frau des verſtorbenen Menki	„ 18
Sohn des Vorſtehers Samuels	„ 19
Bendit Kaſſel ⟨ausgeſtrichen: Jakob des Älteren Sohn⟩	„ 20
Kosmans Sohn	„ 21
Weibiſch' Sohn	„ 22

Rabbiner Michel
Lehrer Akiba.

Die Stellen in der Männerſchul links von der heiligen Lade und auf der linken Seite ſelbſt:

Kosman	Nummer 1
Joel	„ 2
Pinchas ⟨ausgeſtrichen: Jechiel⟩	„ 3
Itzig Redlum	„ 4
Leib der Jüngere	„ 5
Samuel ⟨ausgeſtrichen: Feer⟩	„ 6
Samuel ⟨ausgeſtrichen: Gabriel⟩	„ 7
Hillel	„ 8

Die Stellen in der Frauenſchul rechts:

Der Vorſteher Samuel	Nummer 1
Jakob der Ältere	„ 2
Aron Dietz	„ 3
Weibelmann	„ 4
Herz Pauer	„ 5
Koppel	„ 6
Pinchas ⟨ausgeſtrichen: Weibiſch⟩	„ 7
Itzig, Lehrer	„ 8
Goetz	„ 9
Hillel	„ 10
Abraham	„ 11
Meir Schneider	„ 12
Moſche	„ 13

Die Stellen in der Frauenſchul rechts:

Jakob Diener	„ 14
Jakob, der Arzt	„ 15
Michel, Lehrer.	„ 16

Lehrer Seckel, gehört dem Sohn des Samuel.	Nummer	17
Rabbiner Michel	„	18
Rabbiner Michel	„	20
Sohn des Vorſtehers Samuel ⟨gehört dem Rabbiner⟩	„	21
Kosmans Sohn	„	22
Jakob des Älteren Sohn.	„	23
Weibiſch' Sohn	„	24

Die Stellen in der Frauenſchul links:

Kosman	Nummer	1
Joel	„	2
Jechiel	„	3
Itzig Redlum	„	4
Leib der Jüngere	„	5
Feer	„	6
Gabriel	„	7
Hillel	„	8

Der Rabbiner Michel und der Vorſteher Samuel haben ihre beiden Plätze in der Frauenſchul untereinander ausgetauſcht, und von nun an gehört der mit Nummer 18 bezeichnete, bisher dem Rabbiner gehörige Platz dem Sohn des Vorſtehers Samuel und der mit Nummer 21 bezeichnete, bisher dem Sohn des Samuel gehörige Platz gehört dem Rabbiner.

Alles was von Seite 1 bis 16 geſchrieben iſt, iſt geſchehn auf Beſchluß der zur Feſtſetzung der Statuten Gewählten, die auf Seite 1 namentlich genannt werden, für 3 Jahre und wenn nach dieſer Zeit die Gemeinde die alten Statuten behalten will oder neues feſtſetzen will, ſo darf ſie es tun. Jedoch der Herrſchaft in ihre hohe Reale und Juſtitia nichts ver

Begriffen neuert jüdiſche Ceremonie 24 Ab 5467 ⟨22. Auguſt 1707⟩ Offenbach. Michel der lagerte unter der Laſt von Frankfurt nach Offenbach.

Wegen des Platzes in der Männerſchul, der der Witwe Feierle gegeben worden iſt, wurde wahrheits- und rechtsgemäß von dem Rabbiner und den Erwählten feſtgelegt, daß ſolange die genannte Witwe keinen Mann nimmt oder kein Kind verheiratet in der Gemeinde Offenbach, ſie befugt iſt, den Platz zu vermieten, an wen ſie will, der Mietspreis aber gehört der Synagoge und ſie hat nur das Recht der Wahl des Mieters. Aber wenn die Witwe einen Mann nimmt oder gibt ein Kind nach der Gemeinde Offenbach, alſo iſt der genannte Platz ihr gehörig, wie irgend ein anderer der Synagogenplätze, und wenn ſolches nicht geſchieht, alſo iſt der Platz der Synagoge verfallen Ich Michel Beer, der ich trage die Laſt in der Gemeinde Frankfurt am Main.

II.

Gräflich Isenburg-Birſteinſche Privilegien für die geſamte Judenſchaft in Offenbach, 1719 Juli 27; 1764 Aug. 16.

A 1 a und b. Vgl. die Bemerkungen S. 19. Nachfolgend iſt die erweiterte Faſſung von 1764 wiedergegeben, und in Anmerkungen ſind die Abweichungen der älteren Faſſung notiert.

Überſicht, nach den Paragraphen von 1764, in Klammern die von 1719.

1 ⟨1⟩ Friedhof und Synagoge
2 ⟨2⟩ Vergrößerung
3 ⟨3⟩ Schulſeſſel
4 ⟨4⟩ Rabbiner
5 ⟨5⟩ Schutzgeldfreiheit der Gemeindebeamten
6 ⟨—⟩ Bau- und Kaſtenmeiſter
7 ⟨—⟩ Schuldabtragung
8 ⟨6⟩ Caerimonialſtreitigkeiten
9 ⟨7⟩ Injurien etc.
10 ⟨8⟩ Caerimonialſtreitigkeiten
— ⟨9⟩ Appellation in leichten Klagſachen
11 ⟨10⟩ Appellation in Caerimonialklagen
12 ⟨11⟩ Strafgelder
13 ⟨12⟩ Urteilscompetenzen
14 ⟨16⟩ Bann
15 ⟨13⟩ Kopulation Fremder
16 ⟨14⟩ Reception
— ⟨15⟩ Stellung des Rabbiners und Baumeiſters
17 ⟨—⟩ Receptionsgelder
18 ⟨—⟩ Schutzerbſchaft etc.
19 ⟨17⟩ Handel
20 ⟨18⟩ Oſtermehl
21 ⟨19⟩ Gerichtsfreiheit am Sabbath
22 ⟨20⟩ Geſtohlene Sachen
23 ⟨21⟩ Beerdigung Fremder
24 ⟨22⟩ Beerdigung an Sonntagen
25 ⟨23⟩ Sabbathweiber
26 ⟨24⟩ Stiftung einer Thora
— ⟨25⟩ Benutzung des Backofens an Feiertagen
27 ⟨26⟩ Ausgehen an Sonntagen
28 ⟨—⟩ Beſchädigung des Friedhofs und der Synagoge
29 ⟨—⟩ Schutz Verarmter
30 ⟨—⟩ Schatzung.

Von Gottes Gnaden Wir Wolffgang Ernſt Fürſt zu Yſenburg und Büdingen, des Königlich Pohlniſchen weiſen Adler Ordens Ritter pp. thun kund und bekennen hiermit vor Uns und Unſere Nachkommen, demnach Unſere in Gott ruhende Vorfahren an der Regirung der Gemeinen Judenſchafft zu Offenbach von Zeit zu Zeit verſchiedene Privilegia ertheilet, und dieſelbe bey Antretung Unſerer Regirung Uns unterthänigſt gebethen, ſolche nicht allein zu confirmiren, ſondern auch in gewißen Punkten zu erläutern, daß Wir in gnädigſter Erwegung gemeldete Judenſchafft zum Aufnehmen des Orts[1] Offenbach ein ziemliches beygetragen, und künfftighin noch immermehr beytragen wird, ihnen Krafft habender Landesherrlicher höchſten Obrigkeit und Gewalt nachfolgendes gnädigſt concedirt haben.

Erſtlich. Sollen die Juden bey Ihren wegen der Schul und Begräbnüß, wie auch anderer Ceremonien dd. Offenbach d. 2ten Jan. 1708 ertheilten Privilegien in ſoweit ſolche nicht durch die nachherige Verordnungen und gegenwärtige Conceßion geändert worden nachdrücklich geſchüzet werden, ſodenn

Zweytens. Wird Ihnen, ſothane Schul und Begräbniß zu erweitern, zu vergröſern und behöriger maßen in Mauer oder Holzwerk zu erbauen erlaubet,[2] jedoch ſoviel die Vergröſerung anlanget, nach vorgängiger Anzeige bey Unſerm Oberamt und erhaltene Erlaubniß von Unſerer nachgeſetzen Fürſtlichen Regirung und obwohl

Drittens. Keiner ſeinen Seßel in der Schul weder an einen Chriſten noch an einen fremden Juden zu verkaufen befugt, ſo ſoll ihnen doch die Verpfändung derſelben, unter dem

[1] [1719: Flecken]. [2] [Das Folgende bis zum Ende des Abſatzes fehlt 1719].

Beding zugeſtanden ſeyn, daß außer der Herrſchafft auch die Schul hierauf eine tacitam Hypothecam mithin auch den Vorzug haben,[2] übrigens nach der d. 29ten Nov. 1760 erlaßenen Verordnung ſothane Verpfändung ohne vorherige Vernehmung und Einwilligung der Baumeiſter, Sub poena nullitatis, nicht geſchehen ſoll.

Viertens. Geben Wir Ihr der Gemeinen Judenſchafft zu einen Rabbiner[3] nach Ihren Articuln und alter Gewohnheit auch in Gemäßheit der vorliegenden Herrſchafftlichen Verordnungen, es möge ein Rabbiner manglen oder nicht, durch eine freye Wahl anzunehmen, welcher nun

Fünfftens. Zu einem Rabbiner oder in deßen Abweſenheit an ſeine Stelle, alſo erwählet ſein wird,[4] der ſoll nebſt dem Schulkläpper und Vorſinger auch einem Schulesſezer[5] von Schuz-Geld und andern denen Juden incumbirenden Koſten frey ſeyn,[2] ingleichen beſtättigen wir hiermit die unterm 19ten Jan. 1740 erlaßene Verfügung, daß die Jüdiſche Krankenwärther nur die Helffte des Schutz-Geldes bezahlen ſollen.

Sechſtens.[2] Wollen Wir zwar der Judenſchafft gnädigſt geſtatten, daß dieſelbe von 3. Jahr zu 3. Jahr zur Wahl 3 Baumeiſter und 2 Kaſten Meiſter[6] für ſchreiben. Da Wir aber bisher mißfälligſt wahrnehmen müßen, daß hiebey viele Exceßen mit Eßen und Trinken zum Nachtheil den Gemeinen Juden aerarii, nicht weniger allerhand intriquen und cabalen unterloffen ſind, ſo unterſagen Wir erſteres hiemit nicht nur gänzlich bey Vermeidung ſtrafbaren Einſehens ſondern Verordnen

[3] [1719: Zuſatz oder Baumeiſter]. [4] [1719 Zuſatz: weilen in allen Städten, wo Rabbiner ſind, gebräuchlich iſt,] [5] [Schaletſetzer] [6] [Vorſteher].

auch Krafft dieſes, daß zu Vermeidung letzterer, die Judenſchafft von denjenigen Perſonen, welche von Unſerer Fürſtlichen Regirung zum Bau und Kaſtenmeiſter Amt zur Wahl jedesmal vorgeſchlagen werden, 5. Perſonen gewöhnlicher maßen wählen, und ſofort ſolche unſerm Oberamt nahmhafft mache, damit von dieſem zur Beſtättigung an Unſere Fürſtliche Regirung der Bericht erſtattet werde, welcher Wir es auch überlaßen, befindenden Dingen nach, die vorher erwählt geweſene Bau- und Kaſten Meiſter, wenn ſie Ihr Amt treu und redlich zur Zufriedenheit der Herrſchafft und beſten der Judenſchafft geführet haben, ferner bey Ihren Ämtern zu belaßen.

Die Erwählte Bau- und Kaſten Meiſter ſollen ſchuldig und verbunden ſeyn, ſo lange ſie in ihrem Amte ſtehen, der Judenſchafft getreulich vorzuſtehen und Sorge tragen, damit die Einkünfften ordentlich adminiſtriret und alle ohnnöthige Ausgaben vermieden werden, wohingegen die Judenſchafft Ihnen den behörigen Reſpect und Gehorſam erzeigen ſollen. Beſonders wird den Kaſtenmeiſter aufgegeben, über Ausgab- und Einnahm jährliche Rechnung in Teutſcher und Hebräiſcher Sprach zu ſtellen, und ſolche bey Ober Amt zur Juſtificatur zu übergeben.

Siebendens.[2] Da die hieſige Judenſchafft mit einem ſtarken Schuldenlaſt beladen iſt, ſo ſoll nach abgehörten Rechnungen Unſer Oberamt mit denen Bau- und Kaſtenmeiſter die Mittel, wie ſolche aus den Schulden nach und nach herausgeſezet werden können, überlegen, und ſofort an unſere nachgeſezte Fürſtliche Regirung der Bericht erſtattet werden.

Achtens. Sollen alle zwiſchen den Juden vorfallende Strittigkeiten, in ſo ferne ſie ihre Jüdiſche Ceremonien, Gebräuche und das Schulweſen betreffen, für dene Rabbiner

und[7] denen Baumeiſtern klagend angebracht, und von Ihnen entſchieden werden, daferne aber

Neuntens. Grobe Ehrenrührige Scheltworte, Schlägereyen und andere Frevelbare Dinge in- und außerhalb der Schul vorgingen, ſollen ſie allemal bei dem Oberſchultheißen Amt[8] ſolche anzeigen, und deßen Entſcheidung darüber erwarten, andere geringe Schmähwort aber als wenn einer den andern einen Huhren Sohn oder Bößwicht ſchillt, wie auch Fluchen und ſchwören, ſollen der Rabbiner und[7] Baumeiſter ausmachen,[2] und findet keine Appellation ſtatt: wenn

Zehendens aus mehr gemeldter Judenſchafft ein Jud vor dem Oberſchultheißen Amt[9] mit einer Klage gegen einen andern Juden auftreten würde, und die Sache jetzt erwehnter maßen vor dem Rabbiner und[7] Baumeiſter gehörete, ſo ſoll derſelbe ſofort ab- und anſelbige zurückgewieſen werden, daferne ſich aber

[1719 § 9 Dafern ſich aber ein oder der andere Jud über des Rabbiners oder dero Baumeiſter in den Klagen, ſo keine jüdiſchen Ceremonien betreffen, ergangenen Ausſpruch graviert zu ſein vermeint und deswegen an unſeren Rat oder Bedienten appelliert wird, ſo ſoll ihm ſolches zwar, dafern ſich die Sache, wovor appelliert wird, über 5 Fl. erſtreckt, immaßen was unter 5 Fl. keiner Appellation unterworfen iſt, ohnbenommen ſein, er aber ſogleich bei Interponierung der Appellation angewieſen werden, zu eventionale Strafgeld zum allerwenigſten fünf Gulden und nach dero Größe der Sache auch eine höhere Summe unter dem Beding wirklich zu hinterlegen, daß der Rabbiner oder die Baumeiſter alsdann vernehmen, und wenn nach beſchehener Verhöre ..... [9*] der Appelant daſelbſten abermahl verlieren ſollte, ſelbige uns heimgefallen ſein.]

[7] [1719: oder] [8] [1719: ihren vorgeſetzten Beamten oder unſeren dasigen Räthen] [9] [1719: unſeren Räthen, Amtmann oder Schultheißen] [9*] [Unleſerliches Wort].

Eilfftens ein odere der andere Jud über des Rabbiners und[7] Baumeiſters Ausſpruch in Klagen, ſo das Jüdiſche Ceremoniel betreffen, graviret zu ſeyn vermeynet, und deswegen ſich an das Oberſchultheißen Amt wenden würde, ſo ſoll ihm ſolches zwar ohnbenommen ſeyn, dahingegen aber, was den modum procedendi anbelangt, es alſo gehalten werden, daß wenn der Appellant vorher coram judice ad quem Zehen Gulden deponirt haben wird, alsdenn 2 oder nach Befinden mehreren unpartheyiſchen rabbinern aus der Nachbarſchafft committiret werden ſoll, den Caſum nach Ihren Ceremonien und beſten Wißen und Gewißen zu unterſuchen zu decidiren, und ſolches dem Oberſchultheißen Amt zu eröfnen: Wenn ſich als dann befindet, daß der Appellant rechtmäßige Urſache zu Appelliren gehabt, ſo ſoll ihm das hinterlegte Geld, nicht nur reſtituirt, ſondern auch alle billigmäßige Satisfaction verſchafft werden, im entgegen geſezten Fall aber ſollen obgedachte 10 Fl. Succumbenz: Gelder Uns verfallen, anbenebenſt der muthwillige Appellant noch überdiß alle muthwillig cauſirte Koſten zu tragen ſchuldig ſeyn. Wenn

Zwölfftens in den in art. 8. et 9. beſtimmten Fällen der Rabbiner und[7] die Baumeiſter ein oder die andere Parthie um eine geringe, bis auf 2 R. Thlr. beſaufende Straf beleget, ſo ſoll die Helffte Uns, die andere Helffte aber ins Juden Hoſpital verfallen ſeyn, wenn aber die Straf die Summe von 2 Reichsthalern überſteiget, ſo kommen Zwey Theil Uns, und ein Theil gedachtem Juden Hoſpital zu, und ſoll dieſerhalben kein Unterſchleiff gebraucht, ſondern alles bey Vermeidung 20. R. Thlr. Straf dem Amtskeller bey Schluß des Jahres angezeigt und geliefert,[2] des Endes ihm allemal ein von Rabbiner und Baumeiſtern unterſchriebenes Atteſtat ob

und was von Strafen das Jahr über angeſezet worden, zum Beleg ſeiner Rechnung eingehändiget werden. Gleichwie

Dreyzehendens: Dem Oberſchultheißen Amt zu Offenbach in regula in erſter Inſtanz die cognition in Jüdiſchen Schuld Sachen und ſonſtigen cauſis civilibus zuſtehet, alſo ſoll hingegen Unſerm Oberamt außer der Zweyten Inſtanz die cura et Inſpectio über die Judenſchafft, nicht weniger die Befugnüße, die Jüdiſche Impraegnations und Huhren Sachen zum Spruch zu inſtruiren, und cauſa inſtructa ſolche an unſere Fürſtliche Regierung ad decidendum einzuſchicken verbleiben.[10] Daferne nun die Jüdiſche Ceremonien außer der in Fornications: Fällen zu determinirende Strafe noch etwas anders nach ſich führen, ſo iſt dem Rabbiner und[7] den Baumeiſtern ſolches auszuüben erlaubt.

Vierzehendens. Geben wir dem Rabbiner und den Baumeiſtern hiemit die Macht und die Erlaubniß, denen, welche ihnen den behörigen Gehorſam und Reſpect nicht bezeigen, noch ihren rechtmäßigen Befehlen nachkommen wollen, mit dem Bann oder einer andern nach der Jüdiſchen Ceremonien üblichen Strafe anzuſehen, worinnen Ihnen kein Eingriff geſchehen ſoll, ſondern diejenige, ſo ſich darüber beſchwehret zu ſeyn vermeynen, werden angewieſen, den in Vorigen Articuln vorgeſchriebenen Weeg einzuſchlagen.

Fünfzehndes. Wenn Fremde, unter unſerm Schuz nicht ſtehende unverdächtige Juden bey dem Rabbiner copuliret werden wollen, iſt Ihnen ſolches jedesmal vergönnet, jedoch daß Uns vor die Copulation 1 Fl.[11] entrichtet und des Endes

[10] [1719: Die Erkenntnis der Huhrensachen und deren Strafe gehört uns]. [11] [Statt „1 Fl." 1719: das Gewöhnliche].

jedesmahls der actus bey Unſerm Oberamt vorher angezeiget, und von dieſem gegen die bezahlte Gebühr ein Erlaubniß Schein ertheilet werde.

Sechzehendes.[12] Im Fall ſich Juden unter Unſern Schuz nach Offenbach begeben wollen, ſo ſollen dieſelbe ſich bey Unſerer nachgeſezten Fürſtlichen Regirung per Memoriale anmelden ſolches aber bey Unſerem Oberamt[13] zur Berichts Erſtattung vorher übergeben, ſich mit guter gültiger Zeugnißen legitimiren, und da Wir nicht gemeynet ſind alle und jede ohne Unterſchied, ſondern nur ſolche Juden zu recipiren, die ein anſehliches und nach dem arbitrio Unſerer Fürſtlichen Regirung zu beſtimmendes Vermögen habe, damit ſich unſere Judenſchafft bey der benachbarten Stadt Frankfurth nicht verhaßt oder verdächtig machen, ſo ſollen die recipienden jedesmahlen getreulich angeben, wie viel ſie an baarem Geld ausſtehenden liquiden Schulden und Waaren beſitzen, auch was ſie allenfalls mit der Braut erheurathen und von den Eltern zu hoffen haben, ſo fort ſolches alles behörig beſcheinigen, und befindenden Dingen und nach dem Ermeßen Unſerer Fürſtlichen Regirung vor der großen Thora eydlich erhärten. Jedoch ſollen jedesmal von unſerm Oberamt ehe der Bericht an Unſere Fürſtliche Regirung erſtattet wird, der Rabbiner und die Baumeiſter über das Geſuch des recipienden vernommen, und ſollen diejenige welche beym Angeben ihres Vermögens und übrigen Umſtände als Falſarii und Betrüger erfunden werden, mit der ſchwehrſten Leibes- und Strafe der Ausweiſung angeſehen werden.

[12] [Die Fassung dieses Paragraphen ist in dem Privileg von 1719 z. T. abweichend]. [13] [fehlt 1719].

[Fünfzehntes wird der Rabbiner und Baumeiſter bei demjenigen Reſpekt und Gehorſam, den ihnen die Juden zu geben und zu erweiſen ſchuldig ſind, nachdrücklich von uns, unſeren Räthen und Beamten mentioniert und geſchützet werden].

Diejenige nun

Siebenzehendens[2] Welche von Uns als Schuz-Juden aufgenommen werden, ſollen ſo gleich und ehe ſie den Schuz-Brief von Oberamt empfangen das Einzug-Geld nach dieſem Unterſchied an die Amtskellerey bezahlen, als nemlich

1) Ein Fremder oder nicht zu Offenbach gebohrener Jud, er ſeye verheurathet oder noch ledig vor ſeine Perſon 25 Fl.

2) Vor ſeine Frau, wenn ſie ebenfallß fremd iſt 17 Fl. 15 Krz. und eben ſo viel, wenn ſie gleich einheimiſch, ihre Eltern aber noch keine 10 Jahr im Schuz zu Offenbach geſtanden, falß ſie aber über Zehen Jahr den Schuz genoßen, 6 Fl. 15 Krz. eines Schuz Juden Wittib, wenn ſie zur 2ten Ehe ſchreitet, bleibet vom Einzug-Geld befreyet.

3) Eines Offenbachiſchen Schuz-Juden Sohn, deßen Eltern noch nicht Zehen Jahr im Schuz geſtanden, zahlt 25 Fl. und wenn ſie ſolchen über 10 Jahr gehabt 12 Fl. 15 Krz. Außerdeme erleget ein jeder zu Offenbach recipirter Jud, er ſeye einheimiſch oder fremd ohne Unterſcheid zur Lateiniſchen Schul-Caße 3 Fl. wobei ausdrücklich zu bemerken, daß die Judenſchafft daſelbſt befugt ſeyn ſoll, von einem neo-recepto eben ſo viel als Wir an Einzug-Geld zu erheben, welches von ihrem Kaſtenmeiſter in die Einnahme der Rechnung behörig zu bringen iſt. Außer dem aber verbieten wir den Bau- und Kaſten Meiſter bey ſchwehrer Strafe ohne Unſere gnädigſte Einwilligung, von den neu aufgenommenen Juden ein mehrers unter welchem praetext es auch ſeyn mag, einzufordern, oder

nach ihrem eignen Gutdünken, wie ſolches bishero ſträflicher Weiß von ihnen geſchehen, ihnen etwas anzuſezen, ſondern Unſer gnädigſter Wille iſt, daß ſie ſich ſchlechterdings nach obigem richten ſollen.

Achtzehendens.[2] Die erwachſene unverheurathete Juden Söhne und Töchter ſollen, nach dem Abſterben ihrer Eltern ſich ſogleich bey Amt melden, und nach Maasgab Unſerer gnädigſten Verordnung d. 17ten May 1763 entweder um den Schuz oder einen temporellen Auffenthalt von freyen ſtücken anmelden, oder aber, im Fall ſie ſich anderwärts verdingen, ſolches gleichmäßig anzeigen, bey Vermeidung, daß ſie ipso jure alles Schuzes verluſtig ſeyn und ausgewieſen werden ſollen.

Neunzehendens. Soll der Judenſchafft wie bishero, alſo auch ins künfftige unverbotten bleiben, erlaubten Handel und Wandel, als Crämerey, Mezgerey, Schenkerey, nach vorheriger Anzeige und gegen Entrichtung der Gebühr zu treiben: geſtalten dann

Zwanzigſtens. Wir Ihnen ebenfallß erlauben und vergönnen in denen Mühlen nach ihren Ceremonien das Oſter Mehl zu mahlen- über das und

Ein und Zwanzigſtens. Soll kein Jud oder Jüdin, ohne wichtige und erhebliche Urſach, auf ihrem Sabbath oder ſonſten einem Feyertag vor Gericht cidiret, vielweniger eine Execution gegen ſie vollzogen werden, wenn

Zwey und Zwanzigſtens. Geſtohlene Sachen, welche von einem Juden ohnwißend deßen, gekaufft werden, in der Judenſchafft ausgerufen, und ohne Bann angezeiget worden, ſo ſoll der, dem das geſtohlene zugehöret, woferne er von einem ſolchen Ort iſt, wo es eben alſo gehalten wird, dem Schulklepper das ausgelegte Geld davor wiedergeben, ohne den

Käufer, der ſolche erhandelt zu erfahren[2], es wäre dann Sache daß der Obrigkeit daran gelegen, den Nahmen zu wißen, um zu Beſtrafung des Böſen, den Dieb ausfündig zu machen.

Drey und Zwanzigſtens.[14] Wenn ein ausländiſcher Jud oder Jüdin, welcher kein Bettler oder ſo genannter billeten Jud[15] iſt, dahier begraben wird, ſo ſoll vor das Begräbniß ohne Ausnahme eine Species Ducat an Uns, und eben ſo viel an die Judenſchafft bezahlt werden, und davon diejenige nicht befreyet ſeyn, die zwar zur Zeit ihres Abſterbens nichts im Vermögen haben, gleichwohlen aber demnächſt geerbet hätten; zu mehrerer Sicherheit deßen, ſollen die Juden welche dergleichen Perſonen dahier aufgenommen haben, vor dieſe Abgabe hafften.

Vier und Zwanzigſtens. Wenn ein Jud auf einem Feyertag ſtirbt, ſo ſoll ihnen nicht verwehret werden, ſolchen vor der erſten oder nach der zweyten Kirche zu begraben, noch vielweniger denen Chriſten verbotten ſeyn, das Grab oder den Leichkorb zu machen, ohne daß ſie von unſern Weltlichen Bedienten oder Predigern deswegen übel angeſehen oder beſtrafft werden, desgleichen

[14] [In dem oben angezogenen Privileg de dato Offenbach den 2. Januar 1708 (iſt) vorſehen, daß von einem ausländiſchen oder fremden Juden, der ſich zu Offenbach aufgehalten und allda geſtorben, aber kein Bettler oder Pletten-Jud ſei, daſelbſten begraben werden, ein Dukaten in ſpecie gegeben werden ſolle, ſo wollen wir daſſelbe dafür verſtanden haben, daß der Species-Dukaten von kein andren gegeben werden ſolle, als von welchem die Judenſchaft wegen der Begräbnus ſelbſten etwas genommen; wo aber die Judenſchaft nichts bekommen, es bei dem halben Thaler ſein Verbleiben habe; doch daß darunter keine Gefehrde gebraucht werde].

[15] [Unbemittelter, der mit Billets (Pletten) die Mahlzeiten bei den Gemeindemitgliedern angewiesen erhält].

Fünf und Zwanzigſtens. Bleibt Ihnen zugelaßen auch auf unſere Feyertäge ſich der Sabbaths Weiber zu bedienen, doch daß dieſe ihren Gottes-Dienſt darüber nicht verſäumen, in welchem und ſonſt in keinem andern Fall ſie von unſern Predigern zur Red geſezet werden mögen.

Sechs und Zwanzigſtens. Wenn ein Jud ein neu Zehengebott in die Schule gibt, ſo ſoll der Judenſchafft frey ſtehen, dieſelbe mit Reden, ohne Singen und rumor, auf ihrem Sabbath, aus dem Hauß deßen, der es gibt, in die Schule zu bringen, doch daß keine Blumen, oder ſonſten etwas auf die Gaßen geſtreut, vielweniger etwas unternommen werde, daß denen Chriſten ärgerlich und anſtößig ſeye.

[1719 § 25: Wenn Chriſten und Juden Feiertag zuſammenfallen und die Juden in ihren Backofen Braden machen wollen, ſo ſoll ihnen dasſelbe in aller Frühe und ehe der Criſten Gottesdienſt ahngeht ohnverwehrt bleiben, wofern aber ihre Oſtern mit einfallen, ſolle ihnen erlaubt ſein, die Mazzekuchen nach der erſten Kirch zu backen].

Sieben und Zwanzigſtens. Weilen unſere Judenſchafft Ihre Nahrung mehrentheils außerhalb Landes ſuchen muß, ſo ſoll ihnen vergönnet ſeyn, auf unſere monathliche Bättäge aus und Ihrer Handthirung nachzugehen, desgleichen denen, ſo etwann in Frankfurth informiren, Sontags nach der erſten Kirch ſich dahin zu begeben, und wenn über dieſes ein oder der andere von unſern Schuz-Juden erhebliche Urſache beybringen könte, warum er Sonntags verreißen, oder über Feld gehen müßte, ſo ſoll ihm ſolches nach beſchehener Anzeige bey dem Oberamt[16] ebenfalß verſtattet werden,[2] dahingegen auf unſern jährlichen großen Faſt- Buß- und Bettag

[16] [unseren Bedienten].

ihnen ohne die erheblichſte Urſache und ausdrückliche Erlaubniß des Oberbeamten nicht zuzulaßen iſt, aus dem Ort Offenbach zu gehen, ſondern ſie ſollen ſich ſtill und ruhig betragen, und in den Häuſern bleiben, und wann auch einem oder dem andern die Erlaubniß, außerhalb zu gehen, gegeben worden, ſo ſoll er ſich ganz frühe, vor dem erſten Geläut wegbegeben.

Acht und Zwanzigſtens.[2] Wiederholen Wir die unterm 25ten Jul. 1747 wegen des an der Juden Begräbniß und Zugehör begehenden Unfugs ergangene poenal: Verordnung hiermit ausdrücklich, und befehlen gnädigſt, daß die in ſelbiger beſtimte Strafe auch denjenigen von Unſerem Oberamt dictirt werden ſolle, welche an der Juden Schule Muthwillen und Frevel auszuüben ſich beygehen laßen würden.

Neun und Zwanzigſtens.[2] Gleichwie, wegen richtiger und ordentlicher Bezahlung des Schuz-Geldes es bey der unterm 15ten Juny 1747 und 26ten Jan. 1750 erlaßenen Verfügung ſein lediglich Bewenden hat, alſo iſt weiters Unſer gnädigſter Wille, daß diejenige Juden, welche in ſolche Armuth gerathen, daß ſie das gewöhnliche Schutz-Geld nicht entrichten können, umſomehr ſo gleich ausgewieſen werden ſollen, als dieſelbe theils gemeiniglich bey ihrer Annahme ſich Wahrheitswiedrig als bemittelte Juden angeben, theils durch leichtſinnige Händel in Rückgang der Nahrung gekommen ſind, es ſeye dann, daß wir aus beſonderer bewegenden Urſachen einen und den andern hievon dispenſiren wollen.

Dreyſigſtens.[2] Da die gemeine Judenſchafft zu Beſtreitung Herrſchaftlicher und Gemeinen Abgaben einen Beytrag von den Juden, nach proportion des Vermögens eines jeden, jährlich erhebt, wir aber mißfälligſt wahrnehmen müßen, daß von

denen Baumeiſtern und Vorſtehern bey Ausſchlagung der Schazung allerhand paßiones, intriquen und animoſitaeten ausgeübet werden, wodurch der arme vor dem Reichen praegaviret wird; ſo befehlen Wir hiermit gemeßemt, daß bey der von 3 Jahr zu Jahr vorzunehmenden Schazungs Anlag ein jeder nach ſeinem wahren Vermögens Zuſtand mit der Schazung beleget, und dasjenige quantum, welches ein Jud bey ſeiner Annahme als ihm eigenthümlich zu behörig angegeben zuforderiſt bey der erſten Schazung zum Grund geleget werde, wie denn diejenige Baumeiſter welche hie bey gegen ihre Pflüchten handlen würden, mit der Caßation und anderer empfindlicher Strafe angeſehen werden ſollen.

Damit nun dieſem allem genau nachgelebet, und Unſere Judenſchafft welche ſich im übrigen den Schuzbriefen gemäß zu verhalten hat, hiebey gehandhabet werde; ſo haben Wir Uns Eigenhändig unterſchrieben, und Unſer Fürſtliches Inſiegel beydrucken laßen ſo geſchehen.

Birſtein, d. 16ten Aug: 1764.

gez. Wolfgang Ernſt Fz. Yſenburg.

III.

Fürſtliche Verordnung, Änderung der Beſtimmungen über das Finanz- und Rechnungsweſen betreffend. 1745 Febr. 17.

D 1. Voraus geht ein Reskript vom 22. Oktober 1744, die Zahlung rückſtändiger Gemeindebeiträge betreffend.

Von Gottes Gnaden, Wolfgang Ernſt Fürſt zu Iſenburg und Büdingen p. p. Nachdem Wir mißfällig wahrnehmen müſſen, daß Bey unſerer Judenſchaft zu Offenbach ſich die Gemeine Schulden-Laſt Von Jahr zu Jahren Vergrößert und Bey dem ohnedas Betrückten Zuſtand derer Mehreſten Mitglieder derſelben, ſolche endlich in eine völlige Armuth geſtürtzet und zur entrichtung ſowohl derer Herrſchafftl. als gemeinen Abgiften ganz untüchtig gemacht werden, So haben wir Vor unumgänglich nötig erachtet, um Ihre Haußhaltung auf einen Ordentlichen gewißen und ſolchen Fuß zu ſetzen, wodurch die Ausgaben Vermindert, die Einnahmen Vermehret, dem Anwachſen derer Gemeinen Schulden Vorgebogen und deren allmählige Tilgung Bewürket werde, die Bißherige Einrichtung in einigen Stücken zu ändern, und nachſtehende Verordnung, wornach ſich ein Jedweder zu achten, ergehen zu Laßen.

Erſtlich ſollen die Rechnungs-Bücher über die Einnahme und Ausgabe derer Jüdiſchen Gemeinen Gelder, hinfüro

jeder Zeit in Hoch Teutſcher Sprache, und zwar nach der Einrichtung, welche man denen zeitigen Rechnungsführern zu ſtellen wird, geführet werden, Wobey auch alle Beſcheinigungen ſowohl über die Einnahmen als Ausgabe, in eben dießer Sprache abgefaßt werden ſollen, als worauf die Rechnungs Führer nach Möglichkeit zu ſehen haben.

Wann aber ja von einem oder dem andern, der des Schreibens in der teutſchen Sprach gäntzlich unerfahren, eine Beſcheinigung, Quittung oder dergleichen in Hebräiſcher Sprache oder Juden Teutscher Sprache ausgeſtellet werden müßte: So sollen der Rechnungsführer ſogleich Bey oder nach deßen Empfang, die Hochteutſche Überſetzung darunter ſchreiben und Bey ſchwerer Ahndung Sich hüten, daß Bey dießer Überſetzung aller Betrug und Unterſchleiff Vermieden werde; Es bleibet aber der Judenſchafft hierbei un Verwahret, Von dießen Teutſchen Rechnungen eine andere gleichlautende in Hebräiſcher Sprache zu Ihrer Beßern Nachricht zu führen.

Zweytens Sollen dieße Rechnungen anfänglich, damit die einzuführende Ordnung deſto Beßer Beobachtet und Feſtgeſtellet werde, alle Quartal, demnächſt aber alle Jahr Von einem Herrſchafftl. Bedienten, in gegenwart derer Bau Meiſter und Zweyer unpartheyiſcher Gemeinds Leute ordentlich abgehöret und Juſtificiert werden, zu welchem Ende die Rechnungsführer daVor zu ſorgen, daß dieße Rechnungen ſogleich zum Beſchluß des Quartals ſauber und Leßerlich abgeſchrieben und das abgeſchriebene Exemplar dem Herrſchafftlichen Juſtificatori eingeliefert werde.

Drittens Soll der Jud Joſeph Goldſtücker hiermit ernennet und Beordert ſeyn, denen jetzigen Neuen Bau- und

Kaſten=Meiſtern, in gemeinen Verrichtungen jeder Zeit Bey= zuwohnen und das Verordnete Teutſche Gegen=Buch zu= führen, mithin ſich das Herrſchafftl. und gemeine Intereſſe mit angelegen ſeyn zu Laßen.

Viertens damit auch hierinnen alles deſto richtiger geführet und die Gemeinde auf keine art gefährdet werde, ſo ſollen die Rechnungs Führer keine gemeine Gelder in Ihren Häußern in Empfang noch ſonſten mit Sich nach Hauß nehmen, ſon= dern dieſe Gelder ſollen insgeſamt, auf der gemeinen Stuben, in Gegenwart des Monath= oder Bey deßen Abweßenheit eines andern Bau Meiſters, eingenommen, ſogleich im Ein= nahme gehörig eingetragen, die Beſcheinigung, welche der= jenige ſo die Zahlung getan, auszuſtellen, Beygelegt, und daraus in die Büchße, wozu die Rechnungsführer und die Bau= und Kaſten Meiſter zwey Beſondere und unterſchiedene Schlüßel ſo daß keiner ohne den andern zum Geld kommen kann, haben ſollen, geworffen werden. Auf gleiche Arth ſoll auch die Ausgabe auf der Gemeinen Stube in Gegen= wart eines Bau Meiſters Von denen Rechnungsführern ge= ſchehen. Wäre aber die Ausgabe ſo Beſchaffen, daß deren Auszahlung auf der Gemeinen Stube nicht füglich geſchehen könnte, So ſoll das auszuzahlende Geld, denen Rechnungs= führern in gegenwart des Monath= oder eines andern Bau Meiſters, auf der Gemeinen Stube ordentlich zugezahlet, und darauf Von denenſelben, in Begleitung eines Bau= Meiſters, an den gehörigen Orth ſofort überbracht, und gegen Quittung, als ohne welche ohne das keine Ausgabe, in der Rechnung paſſiret wird, ausgezahlet werden.

Fünfftens Soll ſo wenig Von denen Bau= und Kasten Meiſtern, als denen Rechnungsführern, Von denen Gemeinen

Geldern ohne Herrſchafftl:s Vorwißen und innwilligung hin füro etwas ausgeliehen noch Viel weniger aber über die gewöhnliche geringe Neu Jahrs presente etwas Verſchenkt, auch an denen Straffen, woran der Gemeinde etwas zufällt, nichts erlaſſen, ſondern ſolche vielmehr zum Beſten der Gemeinde unVerzüglich eingetrieben werden.

Sechſtens Gleichergeſtalt ſoll hinfüro auf die Jüdiſche Gemeinde, ohne Herrſchafftl. Einwilligung, nichts weiter aufgenommen werden, ſondern wenn Sich ja ein Fall ereigenen mögte, da die Judenſchafft zu Abführung eines anderen Capitals oder ſonſten eine Summe Geldes gebrauchte, welche Sie nicht ſogleich aus denen Ordentlichen Einkünfften erheben könnte, So ſollen die Bau= und Kaſten Meiſter, ſolches der Herrſchafft Vorhero anzeigen, Ihre Vorſchläge Beyfügen und die weitere Reſolution auf welche Art ſolches Geld herbeygeſchafft und demnächſt hinwiederum Bezahlet werden ſolle, abwarten. widrigenfalls die Bau= und Kaſten Meiſter, ſolches anlehen, aus Ihren Eigenen Mitteln hinwiederum abtragen ſollen. Und damit man Von der ohnVerrückten Beobachtung dießes puncts deſto mehr Verſichert Leben= und alle Unordnung und Unwißenheit, dabey Vermieden werden könne, So haben die jetzigen Bau=Meiſter und Rechnungsführer Bey zwantzig Rthl. Straffe nicht allein denen Sämtlichen Creditoribus welche anjetzo Capitalia auf die gemeine Judenſchafft geliehen, Bekannt zu machen, Daß Sie Ihre habende Obligationes, entweder in originali oder in Copiis vidimatis innerhalb 4 Wochen, an Unſere Nachgeſetzte Regierung, zur unentgeldlichen Confirmation unfehlbar einſchicken ſollen, Sondern es ſollen auch hinfüro alle Obligationes, welche die gemeine Judenſchafft auszuſtellen hat, Bey Vorgedachter

Unſerer Regierung cum Cognitione cauſa ausgefertigt und Bekrafftiget werden, und ohne ſolche Confirmation keine Krafft noch Gültigkeit haben, noch das darauf an Intereſſen oder Capital Bezahlte, denen Rechnungsführern in der Ausgabe paſſiret werden.

Siebentens Sollen die Beſoldungen derer Gemeinen Bediente denen ſelben alle Quartal richtig gegen Quittung ausgezahlet und über dieße Summa, ſo wie Wir ſolche hiermit, auf etwas gewißes Beſtimmet haben, und die Ihnen Verwilligte Accidentien, denenſelben hinfüro weiter nichts, unter was für praetext es auch ſeyn möge, von denen Gemeinen Geldern zugeſetzt und gegeben werden Widrigenfalls aber ſolches Von denen Bau- und Kaſten Meiſtern, nebſt denen Rechnungsführern, aus Ihren eigenen Mitteln, der Gemeinde hinwiederum Vergütet werden ſoll, Es ſoll alſo hinfüro haben

1. Der Ober Rabbiner zu Friedberg ſo lang Er Lebt, an Beſoldung Jährl. . . . . 16 fl. — 40 kr. an Accidentien dasjenige was dieſerthalben in denen confirmirten Articuln enthalten.
2. Der Unter Rabbiner oder Binkon an Jährl.-r. Beſoldung mit einſchließung des Hauszinßes . . 40 fl. An Accidentien, Ein Simmer Oſter Meel zur Bedienung auf Oſtern . . . . . 1 Rthr.
3. Der Vorſinger
   An jährlicher Beſoldung . . . . . 70 fl.
   An Accidentien Vor Horn-Blaßen wann er ſolches Verſiehet . . . . . 2 fl.
   Palm zu Binden . . . . . 20 kr.
   Oſter Meel Ein Simmer
   Vor ein Gebeth wann Er ſolches Verſiehet . 2 fl.

4. Der Gemeine Diener
An Jährl.=r. Beſoldung nebſt freyer Wohnung 16 fl. 30 kr.
An Accidentien, Oſter Meel 1 Simmer
Vor Drey Lobgeſänge . . . . . 1 fl. 30 kr.
5. Der Schul=Klepper
An Jährl=.r Beſoldung . . . . . 10 fl.

Achtens Sollen die Bau=Kaſten Meiſter und Rechnungs=führer fleißiger Aufſicht tragen, daß ſich ohne Herrſchafftl. Schutz und Erlaubniß keine fremde Juden oder Jüdinnen, welche an die Herrſchafft und die Gemeinde nichts entrichten, einſchleichen, ſondern wenn Sie dergleichen entdecken, ſolches ungeſäumt an unſere nachgeſetzte Regierung Berichten, damit wider dieſelbe und diejenige ſo Sie Beherberget haben, die nöthige Verfügung ergehen könne, überhaupt aber ſollen die Kaſten=Meiſter und Rechnungsführer ſowenig Bey dieſen als Bey allen übrigen Gemeinds Leuten, Von denen an die Gemeinde zu entrichtenden Einzugs= und anderen Gelder, hinfüro das geringste weiter aufſchwellen laſſen, ſondern ſogleich nach der Verfallzeit eintreiben und gegen die ſaumſeel. . ohne Nachſehen der Perſon mit der Pfandung zu fahren, das genommene Pfand an einen Sichern Ort in der Gemeinen Stube Verwahren und wann ſolches innerhalb 14 Tagen nicht wieder eingelößet wird, ſofort an den Meiſtbietenden offentlich, auf der Gemeinen Stube Verkauffen, Von dem erlößeten Geld die Forderung abnehmen und den Ueberſchuß dem Eigenthümmer an wieder zuſtellen, Wann aber wider Vermuthen dieſes Mittel Bey einem oder dem andern fruchtloß ſeyn und Er deſſen ungeachtet der Gemeinen Anlagen Bis auf 5 fl. aufwachſen laſſen ſolte, So ſoll ſolches Von denen Kaſten Meiſtern und Rechnungs=

führern, der Herrſchafft angezeiget, und ein ſolches unnützes Mitglied, gäntzlich aus der Gemeinde geſtoßen= und des Schutzes Verluſtig werden. Wobey die Kaſten Meiſter und Rechnungsführer kein Nachſehen haben, widrigenfalls, wann ſie ſolches Verſchweigen werden, ſo ſollen ſie nicht allein dasjenige was ein ſolcher Schuldner an Gemeinen Geldern über den 5. fl. im Rückſtand Verbleibt, aus Ihren eigenen Mitteln Bezahlen, ſondern der Schuldner ſelbſt ſoll danach des Schutzes Verluſtig ſeyn. Und dieße Verordnung ſoll auch Von denen Reſtanten, welche Ihre Abgifften an die Gemeinde Bishero auf eine unVerantwortl. Weiße aufwachſen Laſſen, mit Verſtanden werden, Alß welche Rückſtände die Rechnungsführer unVerweilt herauszutreiben haben, doch mit dem Unterſchied, daß dieJenige welche im Stande zu zahlen ſind, die Helffte Ihres Receßes ſogleich innerhalb 8 Tagen und die andere Helfft innerhalb 4 Wochen unfehlbar und Bey Straffe der Execution erlegen ſollen. Mit denen übrigen notoriſch unVermögenden aber ſollen Sie leidliche Termine machen, doch ſo daß nebſt dem Lauffenden, der Völlige Receß Langſtens innerhalb 6 Monathen Völlig abgeführet werde.

Neuntens Damit auch wegen derer ſogenannten Fleiſch=Batzen alles deſto ordentlicher Verwaltet und der Gemeinde Bey derſelben Einnehmung kein Nachtheil oder Verkürtzung zugezogen werde, So ſoll es hinfüro folgender maßen damit gehalten werden, Der Vorſinger ſoll kein eintziges Stück Vieh Bey 10 fl. Straffe ſchächten oder ſchlachten, ehe und BeVor Er nicht von dem Juden Metzger, der ſolches ſchlachten läßet das gewöhnliche BleyZeichen erhalten. Dieße Bley=Zeichen ſoll Er Monathlich denen Bau Meiſtern auf der

Gemeinen Stube zurück Liefern und ſich über deren anzahl eine ordentliche Beſcheinigung Von dem Zeitigen Monat Bau Meiſter ertheilen Laßen, welche Beſcheinigungen Er ſorgfältig auf zu heben hat, Bis daß ſie Ihm von Herrſchaffts wegen abgefordert werden, die zeitige Monath Baumeiſter, welche dieße Blei Zeichen an die Metzger ausgeben, und daVor ſogleich vor das Stück einen Batzen empfangen, ohne Baare Erlegung des Batzens aber keines Verabfolgen Laſſen dürffen, ſollen dieſe Batzen zu End eines jeden Monaths denen Kaſten Meiſtern und Rechnungsführern gegen Quittung zuſtellen, Worauf die Kaſten-Meiſter und Rechnungsführer ſolche ſogleich in die Einnahme gehörig eintragen über das ſich alle Virthel Jahr Von denen zeitigen Acciſern eine Beſcheinigung, wie viel Stück Vieh in ſolchem Vierthel Jahr Von einem jedweden Jüdiſchen Metzger insbeſondere geſchlachtet worden, ausſtellen Laßen ſollen, Welche Beſcheinigungen, Sie Ihren Jahres Rechnungen, jedesmahls Beylegen und dadurch die richtige Einnahme dieſer Fleiſch-Batzen mit erweißen ſollen, die Bau Meiſter hingegen ſollen die Vorgemelte Ihnen über dieße gelieferte Batzen Von denen Kaſten-Meiſtern ausgeſtellte quittungen in ſichere Verwahrung Behalten Bis ſolche von Herrſchaffts-wegen abgefordert werden.

Zehendens Sollen Bau- und Kaſten Meiſter die Carten jedes Jahr an den Meiſtbietenden Verpfachten und ſolche Vorhabende Verpachtung acht Tage Vorhero in der Schul öffentlich Bekannt machen, das Beſtandgeld aber ſich alle Monathe und zwar zum Voraus bezahlen Laßen.

Eilfftens ſollen die Bau Meiſter, ohne die höchſte Noth keine Memorialien auf Koſten der Gemeinde machen Laſſen,

Sondern wenn ſich ja ein Fall ereignen ſolte, wo Sie glauben, daß es das Beſte der Gemeinde unumgänglich erfordere, daß Sie ſich mit einer Schrifftlichen Vorſtellung an die Herrſchafft wenden, So ſollen ſie dießerthalben zuforderſt entweder Bey Unſerer nachgeſetzten Regierung oder wenigſtens Bey einem unſerer Räthe an Dieſelben Schrifftl. od: Mündlich anfragen und ohne deren gutfinden das Memorial nicht aufſetzen Laßen widrigenfalls, Sie die Koſten aus Ihren eigenen Mitteln Bezahlen ſollen, Welche Beſchaffenheit es auch mit denen Abſchikungen an die Herrſchafft auf Birſtein oder an einen andern Ort haben ſoll, als welche noch weniger ohne die größeſte Noth auf Koſten der Gemeinde Vorgegenommen werden dürffen.

Zwölfftens Sollen Bau- und Kaſten-Meiſter Bey dem jetzigen Verarmten Zuſtand der Gemeinde, in Reichung derer Beyſteuer an fremde Collectanten und Bettler nach Möglichkeit ſparſam handlen und Ihren Ueberſchlag ſo machen, daß Monathl. Höchſten über 30 kr. auf dieße Art nicht verwendet werden, indem der Ueberſchuß in der gemeinen Rechnung nicht paſſiret werden ſoll, Was nun an einen oder den andern ſolchen Collectanten gegeben werden ſoll, ſolches hat der Monath Bau Meiſter auf einen Zettel zu ſetzen und mit dießem Zettel den Collectanten an die Rechnungsführer zu ſchicken, welche als dann gegen Bezahlung der darauf gemelten Summe den Zettel zu ſich zu nehmen, und damit dieße ausgabe zu Beſcheinigen haben.

Dreyzehendens Gleichergeſtalten ſollen Sie auch in Austheilung derer übrigen allmoſen an EinHeimiſche und Auswärtige arme Juden Sich nach dem Jetzigen Zuſtand Ih er Gemeinde richten, und nach Möglichkeit die Einrichtung ſo

machen, daß Wochentl. ſolche Allmoſen=Ausgabe sich Höchſtens nicht über einen Rthr. Belauffen, und damit dieße Allmoſen=Gelder deſto Beßer und ordentlicher Verwaltet werden, So ſoll der darüber Beſtellte zeitige Allmoſenpfleger a) überhaupt die Bey Ihm angezeigte und Verwilligte Allmoſen genau aufzeichnen, Diejenigen ſo ſolche Verſprochen, an deren Erlegung Fleißig erinnern, und wenn ſolche wiederhohlte güthliche Anforderungen nichts Verfangen wollen, die Debenten nach Verlauf 4. Wochen Executive dazu anhalten, damit bey Niederlegung dießes ſeines ein Jahr dauerenden Amts, ſeinem Nachfolger keine Reſtanten gelaßen werden, b) Die Lichter in der Schule zu gehöriger Zeit und auf das Vorteilhaffteſte einKauffen und das daVor Bezahlte mit Quittung ordentl. Belegen, c) ohne des Monath Bau Meiſters Schrifftl. Ordre, worinnen die Summe zu melten, denen Einheimiſchen Armen nichts geben, d) auch ohne des Schlaff=Stätters Beſcheinigung oder quittung, vor Schlaff=Geld oder Nacht Zehrung derer fremden Juden nichts auszahlen. Uebrigens wenn jemand der Ordnung nach zu dießem Allmoſen Pflegeramt erwählet wird und ſolches zu übernehmen nicht Luſt hat ſo bleibt es Bey der unter der Juden Gemeinde gemachten Verordnung daß ein ſolcher Vor dieſe Befreyung 20 fl. an die Gemeinde entrichten muß, welche die Rechnungsführer ſogleich Von Ihme einzutreiben haben.

Vierzehendens, Weil auch ſeit einigen Jahren keine Neue Schatzung Vorgenommen, während der Zeit aber, das Vermögen Vieler Gemeinds Leuten ſehr Verändert worden, So ſoll nunmehro nach publication dießer Verordnung, innerhalb 8 Tagen ſolche Schatzung in Beyſein eines Herrſchafftl. Bedienten auch eine Unpartheyiſche Ihnen Bekannt

zu machende Art Vorgenommen werden.

Fünffzehendens: Demnach wegen der Seßel in der Schule Bishero ſchlechte Aufſicht gehalten worden, ſodaß Viele darunter ohnentgeldlich und ohne der Gemeinde etwas da Von zu entrichten Von dem erſtkommenden eingenommen worden, So wird hiermit denen Bau-Meiſtern anbefohlen, denen Gemeinds Leuten Bekannt zu machen, daß ein jedweder ſich ſeine Eigenen Seßel in der Schule, Bey 10 fl. Straffe anſchaffen ſoll, zu welchem Ende die annoch der Gemeinde zugehörige Vacante Schul-Seßel, ſowohl vor Manns- als Weibs Perſonen Von denen BauMeiſtern mit Zuziehung derer Kaſten Meiſter und Rechnungs Führer, innerhalb 14 Tagen, Bey 20 rh. Straff, an den Meiſt Bietenden Verkauffen, und dieſe Gelder zu Bezahlung derer gemeinen-Schulden mit angewendet werden ſollen.

Sechzehendens werden die Bau- KaſtenMeiſter und RechnungsFührer überhaupt alles Ernſtes erinnert, auf die Beybehaltung und Vermehrung derer gemeinen Einkünfften, Ihren pflichten gemäß, Sorgfältige Aufſicht zu haben, und keinesweg zu geſtatten, daß einige davon in Abgang gebracht werden, auch ſollen ſie über die gewohnliche und unVermeydliche Ausgaben, keine Neuausgaben, weder Vor ſich noch mitt Zuziehung anderer Gemeinds Leute Beſchließen, oder Verwilligen, ſondern wann Sich ja ein Fall ereignen ſolte, da es der Nutzen od. die Nothwendigkeit der Gemeinde erfordert, eine Außerordentliche Ausgabe Vorzunehmen, So ſollen ſie ſolches zu Vor Bey unſerer nachgeſetzten Regierung anzeigen und deren Reſolution erwarten, Widrigenfalls und wenn auch gleich Viele oder wenige Von der Gemeinde darin gewilliget hätten, ſolche ausgabe in der Rech-

nung Ihnen geſtrichen und Sie nebſt denen jenigen, welche ſolche mit Beſchlieſen Helffen, angehalten werden ſollen, ſelbige aus Ihren eigenen Mitteln und nicht aus denen gemeinen Einkünfften zu Bezahlen.

Siebenzehendens: Damit dieße Verordnung zu Jedermanns Wißenſchafft gelange ſo ſoll ſelbige in offentlicher Schule zu wiederhohlten mahlen publiciret= und denen Bau=Kaſten Meiſtern und Rechnungsführern ein Exemplar daVon zugeſtellet werden, Welches Sie auf der Gemeinen Stuben Verwahrlich aufzuBehalten, und Jedermann der es verlanget eine Abſchrifft daVon zu ertheilen haben. Welches auch auf gleiche Art mit denen Vermehr= Verminder= oder Veränderungen Welche Wir in zukunfft Bey dießer Verordnung Vor zu nehmen Vor nöthig finden würden, gehalten werden ſoll.

Birſtein den 17ten Febr. 1745.

Wolffgang Ernſt Fz ZuB.

IV

Erneuter Vertrag mit den Juden zu Sprendlingen, Götzenhain, Hain u. Offenthal über Teilnahme am Offenbacher Friedhof. 1725.

Das hebräiſche Original iſt erhalten. Die nicht datierte Überſetzung, die hier wiedergegeben wird, ſoll zugleich die Sprachfähigkeit des Überſetzers beleuchten.

Auß dem Hebräiſchen ins Teutſche Transportierter accordt, oder ſogenanten Confirmiſſe Staar.[1] Wir gemeinden, in Nahmen der ſämbtl. gemeinen Jüdenſchafft zu Offenbach in denen Kräfften ündt ſtänden gleich anderen Verſammelung, daß wir unterſchriebenen Vorgängeren, und Kaſten Baumeiſteren mit denen im nachbaarſchafft unßeres Gnädigen Herrn Landen wohnenden Juden unß Verglichen haben nemblich die im ambt sprenglingen, getzehan Hann und offenthal, wegen ihrem Antheill zu Begrabung ihren toden, des hier in Offenbach habenden Begräbenüß der gemein Judenſchafft ſozwar Vorhero durch unſerem im gemeinden Ober Rabienern Michel Oppenheimer, undt deßen unßeren nachgeſetzten rabieneren Jakob Brisquo beſchehen ſo heith dato Vor unß zur abermahligen Beſtätt- und Bekräfftigung erſcheinenden, einigen deren im oben bemelten Ländereyen Vorgeſetzten Juden, umb mit denen ſelben in Vergleich ein zu tretten, dero wegen mit guthem Bewilligung wir uns zu

[1] Urkunde.

Entes unterſchriebenen an ſämbtl. einwohnenden der gedachten Ländereyen zu Beſtättigung alle Kraft gewaldt undt macht mit dem herberſten Bandt, undt Schwuhr zu unſere Tora mit dem bundt ſo feſt undt gewaldt Verknüpffet hältet, daß dieſſelben alshier in gemelten Ländereyen in dießer Vergleich Sich obligiren undt ſchuldig machen zum Verſammelung undt gemeinden allhier zu Offenbach zu unterhalt unßer Begräbnißen-hauß Jährl. zu bezahlen zwey gulden Rheiniſche mintz, undt zwaar alle Jahr biß zu Ewigen Zeithen zu Vergüthen, Dahingegen Vor dießen Steurung deren ged.⟨achten⟩ zwey gulden. Seinen ſie in dem Biſiz zur Begrabung ihren toden gleich wir hieſelbſt undt ſchlagen wir denenſelben quittfrey ledig und loß, Von allen Koſten, deren etwa zur ausgabe Dem Begräbniß-haus Verkoſtiget werde es mag ordendliche oder unordentliche ausgaben betreffen, oder auch daß wir gemeinden zu Offenbach zu dieſem jetzt habenden Begräbnüßen noch zu bauen mögen, oder Feldt dazu erkäufften oder grundt zu überſchittung, oder ſonſten ausgaben obrigkeitl. zinß, es möge nur nahmen haben wie ſie immer wollen. Seinen Sie inwohner dieſer Obengemeldeten Ländereyen Von allen außgaben entlaßen undt befreyet, Sonder allein aber wann einer ein grabſtein dem Verſtorbenen will einſetzen laßen, ſoll derjenige einwohner dieſer Ländereyen in der ausgab ſo guth gehalten ſein gleich einem hier wohnenden Juden zu entrichten ferner aber ſeinen dieſelben Von allen Koſten frey undt ledig,

allen Puncten ſo hierin enthalten, beſtättigen wir abermahlen biß zur Ewigkeit, ohne den geringſten bruch, oder wiederreden, dasjenige zu halten, behaupten gleich andere Stores[2]

[2] Urkunden.

von denen Kindern Iſrael.

So geſchehen Montag den 9ten im Monath Sivan ao. 485 Der kleine zahl[3] alhier zu Offenbach, der Beſchluß mit Volle Rechtfertige fäſtigkeit, — —

Ahro Goldtſtücker
Amſchel Heidelberg oppenh.=
Beer Caßell=
Joſep Goldſtücker von gloga⟨u⟩=

datirt ohngefehr im Junnio 1725.

[3] So wird die Rechnung nach der Weltſchöpfungsära unter Weglaſſung der Tauſendzahl bezeichnet.

V a

Beſtandbrief über Ablöſung des Leibzolls fremder Juden für die Jahre 1748–1751.

A III 2.

Im Nahmen und uff gnädigſte Verwilligung des Durchleuchtigſten Fürſten und Herrn Herrn Wolffgang Ernſten Fürſten zu Yſenburg und Büdingen iſt der Offenbacher gemeinen Judenſchafft, nach Ihrem unterthänigſten Anſuchen der Juden-Zoll von denen nacher Offenbach Kommenden und Durchreyſenden Ausländiſchen Juden de novo von heut dato angerechnet, uff Vier nacheinander folgende Jahre, Beſtandweiſe überlaſſen und dergeſtallt verliehen worden, daß

1) Sie Jüdiſche Gemeine alß Beſtändere, durch die Ihrige ſo ſie darzu beſtellen und verordnen werden, von allen und jeden frembden und ausländiſchen Juden, welche ihrer Geſchäfften und Handlungen oder anderer Urſachen halber vor ſich in den Flecken Offenbach kommen, oder durchreyßen, den von uhralten unvordenklichen Zeiten her alhier gewöhnlichen Juden Zoll, nehml. von jeder Perſohn jedesmahl zehen Kreutzer einzufordern, und die bemelte vier Beſtand Jahre hindurch zuerheben, mithin gewiſſe Zoll-Zeichen dargegen zuertheilen, Macht Fug und Recht haben, auch Ihnen gegen die Widerſpenſtige uff beſchehenden Anzeige alle gebührende Obrigkeitliche Amtshülfe geleiſtet, und ſonſt zu Verhütung alles Unterſchleiffs, und heimlicher Durchſchlüpffungen nöthige

Verfügung gemacht und darüber ernſtlich gehalten, folglich die Defraudatores gebührend angeſehen und geſtrafft werden ſollen.

2) Wird der gemeinen Judenſchafft zu Offenbach ſolche vier Jahre über erlaubt und geſtattet, wann ſie es für ſich nützlich, vortheilhafftig und rathſam erachten, dieſes Zolls halber, mit denen ausländiſchen benachbahrten Juden, ſich hinwiederum uff ein gewißes zu vergleichen, auch wohl einige und mehrere gantz frey ein- und ausgehen zu laßen, jedoch mit dem ausdrücklichen aus- und Vorbehalt, daß ſolche accorde oder Befreyungen denen herrſchafftlichen wohl hergebrachte Zoll-Rechten an- und vor ſich ſelbſt jederzeit ohne einiges Nachtheil ſeyn undt bleiben, folglich hinfüro über kurtz oder lang, von keinem, Er ſeye wer Er wolle, darinnen der Herrſchafft und Dero Offenbacher Juden- Zoll, zum praejuditz angezogen, gedeutet und verſtanden, des endes auch alle diejenige, ſo obermelter maßen frey zulaßen, oder mit Ihnen Beſtändern uff ein gewißes accordiret, jedesmahls eben ſo, alß ob ſie ihren ſchuldigen Zoll wie andere vollkommen entrichtet hätten, mit denen gewöhnlichen Zollzeichen verſehen werden ſollen. Nicht weniger und

3) Iſt der Herrſchafft ebenmäßig reſerviret worden, wann etwa frembde und ausländiſche Juden in ſolchen Verrichtungen herkommen, woran der Herrſchafft ſelbſt gelegen oder die ſonſt in Herrſchaffl. Dienſten und geſchäfften ſtehen, daß ſelbige uff jedesmahlige VorZeigung ertheilender freyſcheine, vom Zoll frey gelaßen, und ihnen nichts abgenommen auch deß wegen an denen Stipulirten Jährlichen Beſtandtsgeld nichts inbehalten oder abgekürtzet werden ſolle. Endlich u.

4) verbindet ſich die Offenbacher gantze Judenſchafft ſambt und ſonders in ſolidum vor ſolchen Zoll-Beſtandt, die von neuem bedungene vier Jahr hindurch von dato angerechnet ferner jährl. und jedes Jahr beſonders Dreyſig Gulden Beſtandt-Geld zur Offenbacher Ambts Kellerey zu lieffern, und ſolches jedesmahl von quartal zu quartal richtig abzuführen, folglich keinen Termin zum andern auffwachſen zu laßen, auch ſonſten die Erhebung des Juden-Zolls in allem ſo zu beſtellen, daß eines Theils Niemand übergebühr beſchwehret, anders Theils der Herrſchafft an Ihrem Rechte kein Nachtheil eingeführet und zugezogen werden möge. Zu Uhrkundt iſt dieſer Beſtandt-Brieff in duplo ausgefertigt, das eine Exemplar unterm hieſigen Fürſtl. Yſenburg. Renthkammer-Secret der Offenbacher Judenſchafft ertheilt, das andere aber von dießmaligen ſämbtlichen Barnoſen Bau- und Caſten Meiſtern auch etlichen Deputirten aus der Gemeinde unterſchrieben, an ſtatt eines Revers zurückgenommen worden. So geſchehen

Birſtein d. 2ten Januariy 1748.

L. S.

V b

Abſchaffung des Leibzolls im Fürſtentum Iſenburg-Birſtein. 1803.

A III 2.

Sermi regentis Hochfürſtl. Durchlaucht haben gnädigſt geruhet, auf unterthänigſtbittliche Vorſtellung der Innländiſchen Judenſchaft, einverſtändlich mit denen agnatiſchen Hochgräfl. Häußern, und nach dem Vorgang mehrerer durch menſchenfreundliche Regenten Tugenden ſich gleichmäßig auszeichnenden Fürſten, den ſogenannten Juden Leibzoll im ganzen Lande, jedoch mit alleiniger Ausnahme desjenigen in denen fünf Ortſchaften des Dreyeicher Amts, zum Genuß der Deputatsherrſchaft erhoben werdenden Zolles, aufzuheben.

Fürſtl. Amt und Kellerey wird hievon mit dem Anfügen Kenntnis gegeben, um die Unter Erheber ihres Bezirks hiernach zu verbeſcheiden, und alle die zum Behuf der Erhebung dieſes Zolles beſtöcke und ſonſtige Placate zu removiren. Sämtlichen Juden iſt daneben dieſe Landesherrliche, die Beförderung Ihres Handels Verkehrs um ſo wichtigere Gnade bekannt zu machen, als ſich Unſer Huldreichſter Landesfürſt zu gleicher Zeit bemühen, eine reciprocirliche Befreyung der innländiſchen Judenſchaft im benachbarten Auslande zu erwürken, und wo thunlich mit Höchſt eigenem Vorgang dazu den Weg zu bahnen, gleich wie denn mit Zuverſicht erwartet

wird, daß die Innländiſche Judenſchaft eine gedoppelte Veranlaſſung nunmehro erhalten werde, durch deſto exactere Abführung ihrer ſchuldigen ſonſtigen Abgaben das durch jenes Opfer leidenden Herrſchaftlichen Cameral Intereſſe auf der andern Seite zu befördern.

Offenbach den 9ten Sept. 1803.

Fürſtliche Regierung

V c

Befreiung Wolff Breidenbachs von allen herrſchaftlichen und Aerarialabgaben. 1803.

A III 2.

Nach hochfürſtl. Regierungs=Rescript de 7ten dieſes iſt dem zum Hof und Kammer Agenten gnädigſt be=ſtellten Wolff Breidenbach dahier, ſowol für ſich als ſeine iezzige Ehefrau, die Befreiung von allen herrſchaftl. und Aerarial Abgaben, von welchen die Schuzzgeld Freiheit auch auf ſeine leibliche Kinder aber nicht auf Enkel übergehet, die Städtiſche und zehenden Pfennings Freiheit ausgenommen, verliehen worden, wovon den Bau und Kaſtenmeiſtern andurch zur Nachachtung Kenntnis gegeben wird.

Offenbach d. 11ten Juny 1803.

Fürſtl. Oberamt

Vd nr. 1.

Averſionalaccord hinſichtlich des Sorten=guldens. 1748.

A III 3.

Nachdeme Bey hieſiger Fürſtl. Regierung die Jüdiſche Bau= und Kaſten Meiſter[1] zu Offenbach geziemend vorſtellen laſſen, was maßen ſich viele Juden zu Offenbach befänden, welche Bey Ihren Jährlich zu renovirenden Schutz=Briefen, theils den davor gehörigen, und theils den Bereits vor einigen Jahren alsſchon moderirten Sorten gulden[2], wegen ihres Armuths nicht zahlen könnten, und deßfalß die gantze Judenſchafft mit Entrichtung des Sorten Guldens auf das verfloßene 1747te Jahr annoch zurück ſtünde, mithin wolten Sie Bau= und Kaſten Meiſter gebethen haben, ihnen nicht allein dieße Sorten gulden auf das verfloſſene 1747te ſondern auch annoch auf Drey Jahre überhaupt und auf ein gewißes jährl. Quantum ad 66 fl. auß der urſache zu veraccordiren, weilen gerne einer vor den andern ſtehen und dadurch die etwaige Execution und des vielen Mahnens verhüten, Sie Bau= und Kaſten Meiſter aber die Zahlung derer rückſtändigen und folgenden Sorten gulden alſo und dergeſtalten

[1] Vgl. Privileg von 1764 § 6, S. . . .

[2] Deutlicher iſt in jüngeren Averſionalaccorden die Rede vom Beſtande „der contrahirten jährlichen Abgabe anſtatt derer ſonſten von einem jeden Schuz Juden jährlich zu bezahlenden Renovations=Gebühren ſeines Schuz=briefes."

richtig machen wolten, daß in dieſem Jahr Biß den 1. Jan: 1749 Einhundert Gulden, und künfftiges Jahr acht und Neuntzig Gulden und ſolche quartaliter in termino richtig das übrige eine Jahr mit 66 fl. gleichmäßig alle Quartal gezahlt werden ſolten, alß hat man in anſehung der armen Judenſchafft dieſes gethane Erbiethen nicht allein angenommen, ſondern ihnen Bau= und Kaſten Meiſtern noch weiter zugeſtanden, daß Sie von denen in dießen vom 1. Januar: dießes Jahres anſtehenden drey Jahren in Schutz kommenden Neuen Juden jedesmahl von denen vor den Schutzbrieff zu entrichtenden 3 fl. 10 kr. zwey gulden hinweg nehmen und 1 fl. vor die Expedition des Schutz Brieffs nebſt 1 fl. vor den Stempel Bogen an hießige Regierung gezahlt werden ſollen. Wobey aber überhaupt und vor allen Dingen außbehalten wird, daß wegen des ein oder andern abgehenden Juden in dießen dreyen Jahren kein abzug an denen 66 fl. gemacht, ſondern ſolche jederzeit vor voll gezahlet, der anſatz der Sorten Gulden auch von denen Bau= und Kaſten Meiſtern, nach eines Jeden Schutzjudens umſtänden der Billigkeit nach pro rata außgeworffen werden ſolle.

Zu Urkhund deßen iſt dießer accord in duplo außgefertiget, und ein Exemplar denen Bau= und Kaſten Meiſtern unterm Fürſtl. Yſenburgl. Cantzeley Secret ertheilet, das andere aber von ihnen unterſchrieben zur Regierung gegeben worden.

Birſtein d. 6. Marty 1748.

Vd nr. 2.

Averſionalaccord hinſichtlich des Weinzapf=accises. 1776.

A III 3.

Nahmens Sereniſſimi Hochfürſtlichen Durchlaucht, wird von Höchſtdero nachgeſezten Rentkammer, denen Bau= und Kaſten=Meiſtern der hieſigen Judenſchafft, der, von denen Juden=Wein=Zäpfern zu zahlende gewöhnliche Accis, auf drey nacheinanderfolgende Jahre, vom 1. January a. c. an, alſo und dergeſtalt hiemit überlaßen, daß

1) Beſagte Jüdiſche Bau= und Kaſten= Meiſtern die Befugnis haben ſollen, in ihrer Gemeinde zwey bis drey Weinzäpfern beſtellen zu dürffen, und von ſolchen den Accis ſich bezahlen zu laßen, und den allenfalßigen Ueberſchuß zum Beſten der Gemeinde, in der Gemeinds Rechnung zu verrechnen. Die hierunter nicht mit begriffenen Niederlags und Hauß=Trunks Abgaben aber haben

2) Die andern Juden von dem ſich einlegenden Wein wie bisher, alſo auch ferner der Herrſchafft beſonders zu entrichten.

3) Sollen die von denen Bau Meiſtern beſtellte Wein Zäpfern denen Gäſten weder im großen noch kleinen etwas Wein verkauffen, und im Fall ſie auswärts im ganzen etwas verkaufen, haben ſie davon die gewöhnliche Niederlage zu entrichten, auch

4) dieſe Zäpfern den zum Verzapfen einbringenden Wein,

ehe ſie ſolchen einkellern, denen Acciſern anzuzeigen, und wenn ſie davon etwas im ganzen wiederum verkauffen, ſolches ebenfalls denen Acciſern zu melden, damit von dieſen die Niederlags Gebühren notieret werden können.

Die Bau= und Kaſten=Meiſtern aber ſollen

5) ſchuldig und verbunden ſeyn, dieſe conditiones aufs genaueſte zu erfüllen, und dagegen nicht zu handeln, oder in Einſetzung der andern Juden, noch ſonſt einen Unterſchied, bey Vermeidung hoher Straffe, gebrauchen zu laßen;

Für ſolche Wein Zäpferei=Conceſſion aber

6) jährlich und jedes Jahr beſonders, von eingangs ermelten 1. January h. a. an, Dreyßig drey Gulden, prorata quartaliter in die hieſige Kellerey, gegen Quittung zu bezahlen.

Zu Urkund deßen iſt von dieſem in duplo gleichlautend ausgeferttigten Accord, denen Jüdiſchen Bau= und Kaſten=Meiſtern, ein mit dem Cammer Secret verſehenes Exemplar zugeſtellet, das andere aber von dieſen eigenhändig unterſchrieben worden.

So geſchehen, *Offenbach* den 10ten January 1776.

Fürſtl. Rent Cammer

Kleinſchmidt

Zur Erläuterung diene die folgende Reſolution:

Auf das ad Sermam Von denen Bau- und Caſten Meiſter für Uns, und im Nahmen der geſamten Judenſchafft zu Offenbach unterthänigſt übergebene BittMemoriale

V. G. G. A. B. F. Z. Y. u. B pp

Wollen Wir die Supplicirende hieſige Judenſchafft Bey der bißherigen Accis-Befreyung Von dem beſtimmten halben Maaß Schabbas-Wein, wie auch desjenigen wenigen Weins, ſo einem oder dem andern bedürfftigen hieſigen Schutz Juden als ein Allmoſen zu Franckfurth geſchenckt wird, fernerhin belaßen. Was aber auſſerdem Vor Wein anhero gebracht wird, hieVon iſt der gewöhnliche Accis zu bezahlen, und wer ſich hierunter einigen Unterſchleiff zu Schulden kommen laßen, oder auſſer dem Juden Knopffmacher einigen Kauſcher-Wein allhier verkaufen wird, ſoll in eine willkührliche ſcharffe Herrſchafftliche Straffe verfallen ſeyn. Wobey das Ober Amt den Juden Knopffmacher auffzugeben, die Mittel, wodurch allem Unterſchleiff am füglichſten Vorzubiegen, in Vorſchlag zu bringen, und darüber demnächſt zu berichten hat.

Offenbach den 24ten April 1755.

Amalia Belgica. . . . . . .

Vd nr. 3.

Averſionalaccord hinſichlich des Muſikgeldes 1776.

A. III. 3.

Nahmens der Durchlauchtigſten Unſerer Gnädigſten Herrſchafft, Wir zur Fürſtlich Yſenburgiſchen Rentkammer verordnete Director und Räthe. Bekennen hiermit daß der Juden Gemeinde dahier zu Offenbach vom 1. January inerſtehenden Jahres an auf Sechs nacheinander folgende Jahre bewilliget worden, in ihrer Synagoge, auf ihrer Gemeinden Stube, in der fremden Herberge und privat Wohnungen, bey ihren Feyerlichkeiten und zuſammenkünften ſowohl, als wenn fremde Juden ihre Hochzeiten dahier celebriren oder zu anderen Veränderungen anhero kommen Muſic zu halten, und vor dieſe Erlaubniß der Muſik von denen fremden eine billige Zahlung für ſich zu erheben. Jedoch daß auf denen dahier einfallenden Chriſten Feyertagen eine völlige Stille damit gehalten, auch wenn am Abend dieſer Feiertage weniger nicht wenn die Muſic außer denen Gebäuden öffentlich geſchehen ſoll jederzeit vorhero bey Fürſtlicher Policey Commiſſion Anfrage um Erlaubnis geſchehe, und ſo dabey weiter alles vermieden werde, was überhaupt denen Landes Geſezen und guter Ordnung zu wieder iſt.

Für welche Erlaubnis beſagte Judenſchafft ſich verbindlich gemacht, Jährlich die Sechs Jahre hindurch Fünfzehen Thaler oder 22 fl. 30 kr. zur Kellerei dahier zu zahlen.

Und iſt dieſer Conceſſions Brief in duplo ausgeferttiget, das eine Exemplar unter Fürſtlicher Rentkammer Unterſchrifft und Inſiegel der Judenſchafft zu deren Legitimation zugeſtellet, das andere aber von deren Bau- und Kaſten-Meiſtern Nahmens der Gemeinde unterſchrieben ad acta reponirt worden, So geſchehen Offenbach den 2. January 1776.

Fürſtliche Rentkammer

Kleinſchmidt

Vd nr. 4.

Averſionalaccord hinſichtlich des Federlappengeldes. 1776.

A III 4.

Nahmens des Durchlauchtugſten Fürſten und Herrn, Herrn Wolffgang Ernſt, Fürſten zu Yſenburg und Büdingen pp. Iſt von Höchſtdero nachgeſezten Rentkammer mit denen Jüdiſchen Bau- und Kaſten Meiſtern für ſich und Nahmens der Gemeinen Judenſchafft dahier zu Offenbach, wegen der von dieſer ſchuldigen und zu liefernden Feder Lappen, dergeſtallt weiter verabredet und accordiret worden, daß gedachte Gemeine Judenſchafft in Sechs ferneren Jahren, vom 1. January nächſtkünfftigen 1776tn Jahres an, von der Natur-Lieferung dieſer Federlappen verſchonet bleiben, dagegen aber ſchuldig und gehalten ſein ſolle und wolle, dafür jährlich und jedes Jahr beſonders Dreyßig Gulden in die hieſige Amtskellerey, ohne Anſtand zu bezahlen.

Zu Urkund deßen iſt von dieſem in duplo gleichlautend ausgeferttigten Accord beſagten Jüdiſchen Bau- und Kaſten Meiſtern ein mit dem Fürſtlichen Cammer Secret verſehenes Exemplar ertheilet, das andere aber von ſelbigen eigenhändig unterſchrieben worden.

Offenbach den 2. January 1776.

Fürſtl. Rentkammer
Kleinſchmidt

Vd nr. 5.

Zwiſchen der Hochfürſtlich Yſenburgiſchen Rentkammer an einem und den Vorſtehern der dahieſigen Judengemeinde am andern Theil iſt hinſichtlich des Jüdiſchen Sorten-Guldens, des Acciſes der hieſigen Jüdiſchen Weinzäpfer, der Abgabe für die Erlaubniss öffentlicher Muſik und des ſogenannten Federlappengeldes folgender vom 1ten Jenner 1809 angehender und bis zum 1ten Jenner 1815 ſich erſtreckender Averſionalaccord verabredet worden:

I., Verſprechen die Vorſteher der dahieſigen Judengemeinde ſtatt der Naturalabgabe des ſogenannten Sortenguldens, welchen jeder hieſige Schutzjude jährlich für die Renovation ſeines Schutzbriefes zu bezahlen hat, jährlich während der feſtgeſetzten ſechsjährigen Beſtandzeit Fünfzig Gulden quartaliter pro rata an Fürſtliche Rentey dahier in guten gangbaren Münzſorten zu bezahlen.

II., Machen ſich ſolche verbindlich, für den Naturalaccis der hieſigen Jüdiſchen Weinzäpfer während der feſtgeſetzten ſechsjährigen Beſtandzeit jährlich Zwölf Gulden und für die Erlaubniss öffentlicher Muſik gleichfalls Zwölf Gulden quartaliter pro rata an Fürſtliche Rentey dahier zu zahlen.

Was nun in ſpecie dieſen lezten Gegenſtand betrift, ſo wird ihnen für dieſe Abgabe erlaubt: in ihrer Synagoge, auf ihrer Gemeinen Stube, in der Herberge für Fremde und Privatwohnungen bey ihren Feyerlichkeiten und Zuſammenkünften ſowohl, als wenn fremde Juden ihre Hochzeiten dahier feyern oder zu anderen Veränderungen hieher kommen werden, Muſik zu halten und von den Fremden

für die Erlaubniß des Muſik eine billige Zahlung für ſich zu erheben. Jedoch erſtreckt ſich dieſe Erlaubniß, Muſik halten zu dürfen, nicht auf die hieſige Chriſtliche Feiertage, wo vielmehr eine völlige Stille einzutreten hat. Zugleich ſind dieſelben verpflichtet, wenn ſie am Abend Chriſtlicher, nicht ſehr hehrer Feyertage Muſik halten wollen, oder ſolche überhaupt außer den Gebäuden öffentlich geſchehen ſoll, vorher jederzeit die Erlaubniß der hieſigen Polizey Commiſſion einzuholen, ſo wie sie überhaupt darauf Bedacht zu nehmen heben, dass hierbei alles vermieden werde, was den Landesgeſetzen und der guten Ordnung zuwider läuft.

III., Machen ſich ſolche anheiſchig, ſtatt der Naturalabgabe der Federlappen jährlich Dreyßig Gulden quartaliter pro rata zahlbar an Fürſtliche Rentey dahier zu entrichten.

Deßen zu wahrer Urkunde iſt dieſer Accord in duplo ausgefertiget, das eine Exemplar den Vorſtehern behändiget, das andere aber, von ihnen unterzeichnet, ad acta genommen worden. So geſchehen Offenbach den 24. Aug. 1810.

Fürſtliche Rentkammer

gez. Schenk.

Ve

Eingabe betreffend Aufhebung des Sorten=guldens, Weinzapfaccis, Federlappen= und Muſikgeldes. ⟨1815⟩.[1]

Durchlauchtigſter Fürſt, gnädigſter Fürſt und Herr!

In einem Anno 1810 zwiſchen der Hochfürſtlichen Rent=kammer dahier, und den Vorſtehern der Juden Gemeinde wurde ein Accord verabredet und ſchriftlich aufgeſezt, wor nach 1tens die Vorſteher der Offenbacher Judengemeinde verſprachen, ſtatt der Naturalabgabe des ſogenannte Sorten=gulden welche jeder dahieſige Schutzjude jährlich für die Renovation ſeines Schutzbriefs zu bezahlen hat, jährlich fünf=zig Gulden quartaliter pro Rata an Hochfürſtliche Rentey zu bezahlen. Sodann machten ſich die Vorſteher 2tens ver=bindlich für den Naturalaccis der daſigen jüdiſchen Wein=zäpfer jährlich 12 Gulden, ſo wie auch 3tens für die Erlaubniß Muſik zu halten 12 Gulden zu entrichten und 4t. 30 f: für Federlappen.

Was nun die Abgabe ad 1 betrift ſo iſt jedesmalige Re=novationgebühr durch einen Hebregiſter von den Gemeinds=glieder erhoben worden. Nach den neuerlichen Verände=rungen aber ſind wir an jene Renovation nicht mehr gehalten, und müſſen nunmehr in Abſicht unſerer Schutzgeſuche an der uns vorgeſchriebenen Weege befolgen.

[1] Das Concept, das ſich in den Akten der isr. Gemeinde befindet, iſt undatirt. Eine Anfrage im Fürſtl. Iſenburg=Birſteinſchen Archiv ergab leider, daß das Original ſich nicht daſelbſt befindet. Das oben gegebene Datum wurde vermutungweiſe eingeſetzt.

Dieſem zufolge kann *jenen Hebregiſter nicht mehr ſtatt finden.*

Als Folge jener Veränderung bitten wir unterthänigſt unterzeichnete Vorſteher Euer Hochfürſtlichen Durchlaucht ganz unterthänigſt

Die Abgabe jener 50 Gulden eingehen zulaſſen.

Die Abgabe ad No. 2 anlangend, ſo wurde jener Weinzapf bis im Jahr 1811 von der Gemeinde an einem Mann verpachtet, der dann die Zahlung jener zwölf Gulden übernahm. Bey den Anno 1811 erfolgten Veränderung des acciſes aber, konnte dieſe Verpachtung nicht mehr geſchehen, es wurde alſo der Naturalaccis ſowohl als jenen 12 Gulden ſeit 1811 bezahlt, wodurch wir doppelt beſteuert waren, eben ſo verhält ſich's mit der Muſic, wir müſſen für dero Erlaubniß jedesmal Geſezmäßig bezahlen, und werden alſo doppelt beſteuert.

Wir bitten dahero Euer Hochfürſtlichen Durchlaucht ganz unterthänigst gnädigſt zu verfügen, daß die Bezahlung jener 24 Gulden ſo wie auch die 30 : Federlappengeld künftighin ceſſire.

Die wir in tiefſter Ehrfurcht beſtehen.

V f

Eingabe betreffend Abſchaffung der an die reformierte Pfarrſtelle zu zahlenden Neujahrs=gelder. 1833.

A. III 11.

Offenbach den 15. Merz 1833.

Der Vorſtand
der iſraelitiſchen Religions=Gemeinde zu Offenbach
an
das hochwürdige Großherzoglich Heſſiſche=Fürſtlich Iſenburgiſche geſammt=Conſiſtorium daſelbſt

das von der 1. reformirten Pfarrſtelle zu Offenbach von der daſigen iſraelitiſchen Gemeinde praetendirte Neujahrs Geſchenk von zwey Gulden betreffend.

Auf den an ſich verehrlichen Erlaß Hochwürdigen Ge=ſammt=Conſiſtorii de 9. Merz 1833 haben wir zu er=wiedern die Ehre, daß wir uns berechtigt erachten, auf unſerer Weigerung, ein angeſprochenes, der Pfarrſtelle angeblich com=petenzmäßig zuſtehendes ſo betiteltes Neujahrsgeſchenk von 2 Gulden zu entrichten, fortwährend beſtehen, und alle jede Verbindlichkeit hierzu, ausdrücklich in Abrede ſtellen zu müſſen.

Eine Rechtfertigung dieſer unſerer wohlbegründeten Ver=weigerung bei dieſer Hochwürdigen Stelle, abzugeben, hierzu halten wir uns aller ſchuldigen Ehrerbietung ungeachtet

keineswegs verbunden, weil es ſich hier von einer prätendirten Berechtigung des Herrn Pfarrers handeln ſoll, die er in Selbſtperſon gegen unſere Gemeinde, und zwar bei der über das Mein- und Dein competenten Staatsbehörde, wenn er damit auszulangen gedenkt, geltend zu machen hätte und worüber Hochwürdigem Conſiſtorio nicht allein ſchon deshalb, ſondern auch um ſo weniger einige Cognition zuſtehen könnte, da Hochdaſſelbe als *Vertreter* eines dem Herrn Pfarrer vielleicht patentmäßig zugeſicherten Gefälls, offenbar nicht anderſt als Parthey in dieſer Angelegenheit erſcheinen möchte.

Wir glauben uns Hier lediglich eventuell gegen das Anſinnen quaeſt: um ſo ſtandhafter verwahren zu müſſen, je weniger ſich *die leicht erkennbare äuſſere Natur* dieſes Anſpruchs mit dem gegenwärtigen bürgerlichen Standpunkt der Iſraeliten als Staatsbürger des Großherzogtums, und mit der gänzlichen Abſchaffung ſämmtlicher aus den finſteren Jahrhunderten der Intoleranz und bürgerlichen Zurückſetzung unſerer Glaubensgenoſſen ſich herſchreibenden Praeſtanden vereinigen laſſen dürfte, des Umſtandes kaum zu gedenken, daß der, dem Anſpruche beygelegte Titel eines *Neujahrsgeſchenks,* an ſich als ein Act der *liberalität* weder eine Zwangsverbindlichkeit auf unſerer Seite, noch auf Seiten des Herrn Pfarrers ein Zwangsrecht gegen unſere Gemeinde jemals habe begründen können.

Wenn daher letzterer eine Beeinträchtigung *ſeiner Rechte* in dem Nichteingange eines ihm etwa competenzmäßig zugeſicherten Emoluments von f 2 zu finden glaubt, ſo iſt aus den vorſtehenden Andeutungen leicht zu ermeſſen, daß er an der diesſeitigen Gemeinde, welcher in den Verträgen

dritter Perſonen keine Verbindlichkeit auferlegt werden konnte, offenbar den ganz unrechten Beklagten gewählt haben dürfte.

Indem wir alles und jedes Einſchreiten dieſer Hochwürdigen Behörde in dieſer Sache nochmals proteſtando, geziemendſt ablehnen müſſen, verharren wir in ſchuldiger Verehrung.

VI

Verwaltungsbericht 1829.

I.

B I 1829. Dem Verwaltungsbericht ſetzen wir das ihn veranlaſſende Regierungsausſchreiben voraus.

Darmſtadt den 23. Mai 1829.

Die Großherzoglich Heſſiſche
Regierung der Provinz Starkenburg
an
ſämmtliche Großherzogl. Landräthe der Provinz.
Das iſraelitiſche Gemeindeweſen betr.

Das Großherzogl. Ministerium des Innern und der Justiz- hat in Beziehung auf den obigen Gegenſtand folgenden Hauptgrundſatz ausgeſprochen:

Die iſraelitiſchen Gemeinden beſtehen als ſolche, blos in Bezug auf den iſraelitiſchen Cultus, mithin als kirchliche Gemeinde und keinegswegs als Gemeinden nach dem Begriff der Gemeinde-Ordnung. Die Staatsregierung übt hinſichtlich derſelben ihr Schutz- und Aufſichtsrecht in derſelben Weiſe aus, wie ſie davon rückſichtlich der kirchlichen Gemeinden der chriſtlichen Confeſſionen Gebrauch macht.

Um nun dieſe Staatsaufſicht wirkſam und reell zu machen, und damit mehr gleichförmige Ordnung in das iſraelitiſche Gemeindeweſen gebracht und den häufigen deßfalſigen Streitigkeiten unter den Gemeindegliedern vorgebeugt werde,

ſind Vorſchriften ertheilt, die ſich auf den obigen Hauptgrundſatz ſtützen und zu deren Ausführung wir vorderſamſt noch darüber ihren Bericht gewärtigen wollen:

1) in welchem Orte Ihrer Bezirke Judengemeinden, ob und welche Vorſteher ſie haben und wie dieſe gewählt worden ſind?
2) ob Gemeinde-Statuten exiſtiren? (in welchem Fall Abſchriften davon an uns einzuſenden ſind mit Bemerkung:) ob ſämmtliche Satzung derſelben noch in Obſervanz und ob ſie landesherrlich beſtätigt ſind?
3) in welcher Art die Koſten der (kirchlichen) Judengemeinden bisher aufgebracht worden ſind, und ob und in wie fern ein Zwang dabey ſtatt gefunden hat?
4) wie es mit dem Rechnungsweſen über Einnahme und Ausgabe ſolcher Judengemeinden beſchaffen iſt?

Für die Ausfertigung

gez. *Scheerer.*

II.

An
Grossherzogl. heſſ. hochlöbliches
Regierungsamt zu Offenbach
Gehorſamſter Bericht
des Iſraelitiſchen Gemeinde-Vorſtandes daſelbſt

ad Resc. vener. de 25. vor: Mon:—
das iſraelitiſche Gemeindeweſen betr.

In gehorſamſter Befolgung verehrlichen Rescripts vom 25. vor. Mon. hätte unterzeichneter Vorſtand zu berichten:

ad 2., *des mitgetheilten Hohen Regierungs-Ausſchreibens vom 23. May l. J.:* Ob Gemeinde-Statuten exiſtiren? ob ſämmtliche Satzung derſelben noch in Obſervanz, und ob ſie landesherrlich beſtätigt ſind? Es exiſtiren dahier Gemeinde-Statuten vom Jahr 1782, welche damals von der fürſtl. Iſenburgl. Regierung auf 3 Jahre genehmiget wurden. Da indeß dieſe Statuten ſpäterhin dem Bedürfniſſe der Zeit nicht mehr angemeſſen befunden worden, ſo haben ſolche theils durch neue Regierungsgeſetze = theils durch von der Gemeinde ſelbſt ausgegangene Beſtimmungen, hier und da Abänderungen erlitten, namentlich:

1., durch die von Höchſtpreißl. Staatsminiſterium beſtätigten, gedruckten Hospital-Statuten vom 1. Jan^{r} 1822.

2., durch ein noch nicht landesherrlich beſtätigtes Gemeinde-Reglement vom 12. Decbr 1824, und

3., durch Abſchaffung der Verſteigerungen bei Vorleſung der Thora in der Synagoge. Die Gemeinde-Statuten vom Jahre 1782 —inſoweit ſie nicht auf angegebene Weiſe ſpäterhin eine Abänderung erlitten— ebenſo die Hospital-Statuten, das Gemeindereglement, und die ad 3 zuletzt gedachte Abänderung, ſind auch noch in Obſervanz;

Die Gemeinde-Statuten vom Jahre 1782 legt man hier in Original, ſo wie Abſchrift des Gemeinde-Reglements und ein gedrucktes Exemplar der Hospital-Statuten, unter Nr. 1 bis 3. gehorſamſt an, erbittet ſich jedoch, nach gemachten Gebrauche die Original-Statuten wiederum zurück.

ad 3 des Hoh. Reg. Ausſchr. vom 23. May l. J.

In welcher Art die Koſten der ⟨:kirchlichen:⟩ Judengemeinden bisher aufgebracht worden ſind, und ob und in wie fern ein Zwang dabei Statt gefunden hat?

Die mit dem kirchlichen Verbande der hieſigen Iſraelitiſchen Gemeinde verknüpften Koſten wurden bisher durch Beiträge der einzelnen Gemeindeglieder aufgebracht- und dieſe Beiträge beſtimmt:

1., *nach Köpfen*; jeder Familienvater zahlt jährlich 1 fl. 30 kr.

2., *nach dem Vermögensbetrag eines jeden einzelnen Gemeindemitglieds* und zwar nach einem angenommenen Steuerfuß von 600 bis zu 5000 fl. Von

jedem Einhundert Gulden werden nämlich 18 kr. bezahlt, ſo daß der Wenigſtbeſteuerte 3 fl. 18 kr. und der Höchſtbeſteuerte 16 f. 30 kr. jährlich zu bezahlen hat. Der Vermögensbetrag wird gewöhnlich nach der desfallſigen Angabe im Receptionsgeſuch eines jeden einzelnen berechnet, reklamirt indeß der Betheiligte ſpäter wegen zu hoher Beſteuerung, ſo wird deſſen Vermögensſtand genauer geprüft, und nach Befinden die Beitragsquote herabgeſetzt.

Wittwen zahlen in der Regel 1 fl. 46. kr. jährlich, ſolche die ein Gewerbe treiben aber, etwas mehr.

Sterben Vater und Mutter, ſo zahlen deren hinterlaſſene Kinder ohne Unterſchied wieviel deren ſind, zuſammen jährlich 1 fl. 30 kr.

Sodann beſteht die *Hospitalkaſſe* laut Statuten für ſich.

Endlich haben wir noch eine *Armenpflege* deren Fonds durch freiwillige Beiträge gebildet, und wozu jährlich aus der Gemeinds-Kaſſe 150 bis 200 fl. zugeſchossen werden. Aus dieſer Kaſſe werden auf ausdrückliches Verlangen der Geber auch Arme aus hieſiger Gegend, und durchreiſende Handwerksburſchen unterſtützt.

Was hiernach die Frage anbelangt: *in wie ferne ein Zwang zu dieſen Beiträgen bisher ſtatt gefunden habe?* – ſo hat dieſer allerdings ſtattgefunden, jedes Gemeindeglied iſt zu den angegebenen Beiträgen zwangsmäßig verpflichtet, und rückſtändige Beiträge werden bekanntlich an hochlöbliches Regierungs Amt zur Beitreibung verzeichnet eingeſandt – ob-

wohl es bis jetzt noch kein Gemeindeglied zur Pfändung hat kommen laſſen.

ad 4. *des Hoh. Reg. Ausſchr. v. 23. May 1829.*

Wie es mit dem Rechnungsweſen über Einnahme und Ausgabe ſolcher Judengemeinden beſchaffen iſt?

Ueber Einnahme und Ausgabe werden bei der hieſigen Gemeinde regelmäßige Bücher geführt. Sie ſind:

1., *eine Heberolle,* worin jede Woche die von den einzelnen Gemeindegliedern eingegangenen Beiträge bemerkt werden, und welches der Vorſteher und Caſſierer A. L. Gans führt;

2., ein *Caſſa-Buch* über Einnahme und Ausgabe, welches ebenfalls der Vorſteher A. L. Gans führt;

3., *ein Journal,* als Gegen-Buch, worin alle Einnahmen und Ausgaben ebenfalls gebucht werden. Dieſes wird von dem Vorſteher E. H. Poſen geführt;

4., *ein Manual,* worin alle Einnahmen und Ausgaben unter Rubriken aufgebracht werden — geführt von dem vorhin genannten Vorſteher E. H. Poſen; Endlich:

5., *ein Hauptbuch,* worin jedes Gemeindeglied ſein Folio hat — und welches der Vorſteher Julius Berlyn führt.

Nach Verlauf eines jeden Jahres wird die Rechnung ſammt Belegen von der laut Reglement § 7 beſtehenden Gemeinde-Commiſſion revidirt, und ſodann nach vorgängiger Bekanntmachung 3 Wochen

zu Jedermanns Einſicht auf der Gemeindeſtube aufgelegt.

Hiermit ſchließt ſich unſer gegenwärtiger gehorſamſter Bericht, und hoffen wir darin der ergangenen verehrl. Auflage Genüge geleiſtet zu haben.

Off. d. 1. July 1829.

Der Vorſtand.

Vorſteher.*)

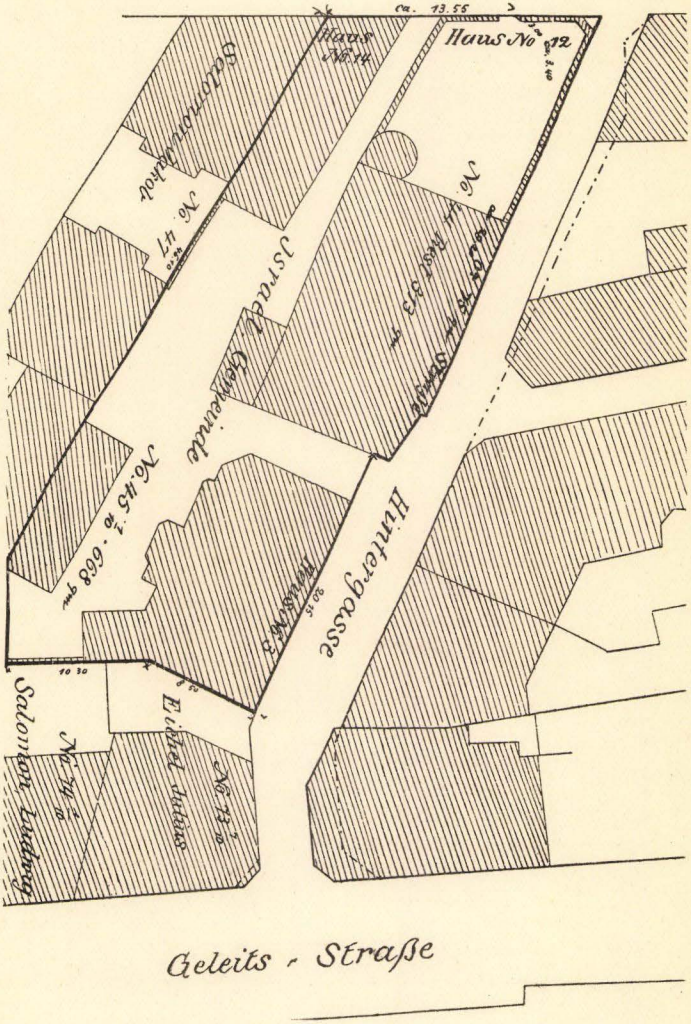
1781 — 1810 . . . . J. Schnapper.
1811 — 1818 . . . . G. Cohn
1819 — 1821 . . . . H. Poſen
1821 — 1824 . . . . W. Neuſtädtel
1825 — 1827 . . . . L. M. Elſaß
1828 — 1850 . . . . E. H. Poſen
1850 — 1853 . . . . J. Mayer
1853 — 1862 . . . . J. Dernburg
1862 — 1873 . . . . E. Worms
1873 — 1878 . . . . A. Strauß
1879 — 1889 . . . . J. Levi
1889 — 1911 . . . . Kommerzienrat H. Merzbach
ſeit 1911 . . . . Juſtizrat Dr. M. Goldſchmidt.

Die weiteren zur Zeit im Amt befindlichen Vorſtandsmitglieder ſind:
Dr. Guggenheim, Max Kamberg, Ludwig Rothſchild, Friedrich Stein.

*) Die Feſtſtellung der Vorſtehernamen vor 1781 war zu ſchwierig und mußte deshalb unterbleiben. Eine vollſtändige Vorſteherliſte zu bringen war untunlich, da aus dem fünfgliedrigen Vorſtand alljährlich nur ein Vorſtandsmitglied ausſchied und bei dem jährlichen Wechſel in der Zuſammenſetzung des Vorſtands das Verzeichnis über 500 Namen enthalten hätte. Man hat ſich daher aus Zweckmäßigkeitsgründen auf die Verzeichnung der erſten Vorſteher beſchränkt, die ſtets längere Zeit im Amt blieben, und nur den zur Zeit im Amt befindlichen Vorſtand vollſtändig angegeben.

Rabbiner.

1707 — 1750 · · · R. Michel Oppenheimer
1750 — 1752 · · · · R. Jecheskel
1752 — 1786 · · · · R. Ahron Schloß
1786 — 1821 · · · · R. Anſchel Metz
1821 — 1842 · · · · R. Gottlieb Metz
1842 — 1889 · · · · Dr. Formſtecher
(ſeit 1832 Prediger und Religionslehrer), Ehrenbürger der Stadt Offenbach
ſeit 1889 · · · · · Dr. J. Goldſchmidt.


Gr. Markt - Straß
Ca. 13.55
Haus No 172
Haus
No 147
Israel. Cultusgemeinde
No 148 Fläche 313 qm
No 145 Fläche 668 qm
Hintergasse
Salomon Leidesdorf
Eigentl. dieses
No 144
No 143
Geleits - Straße

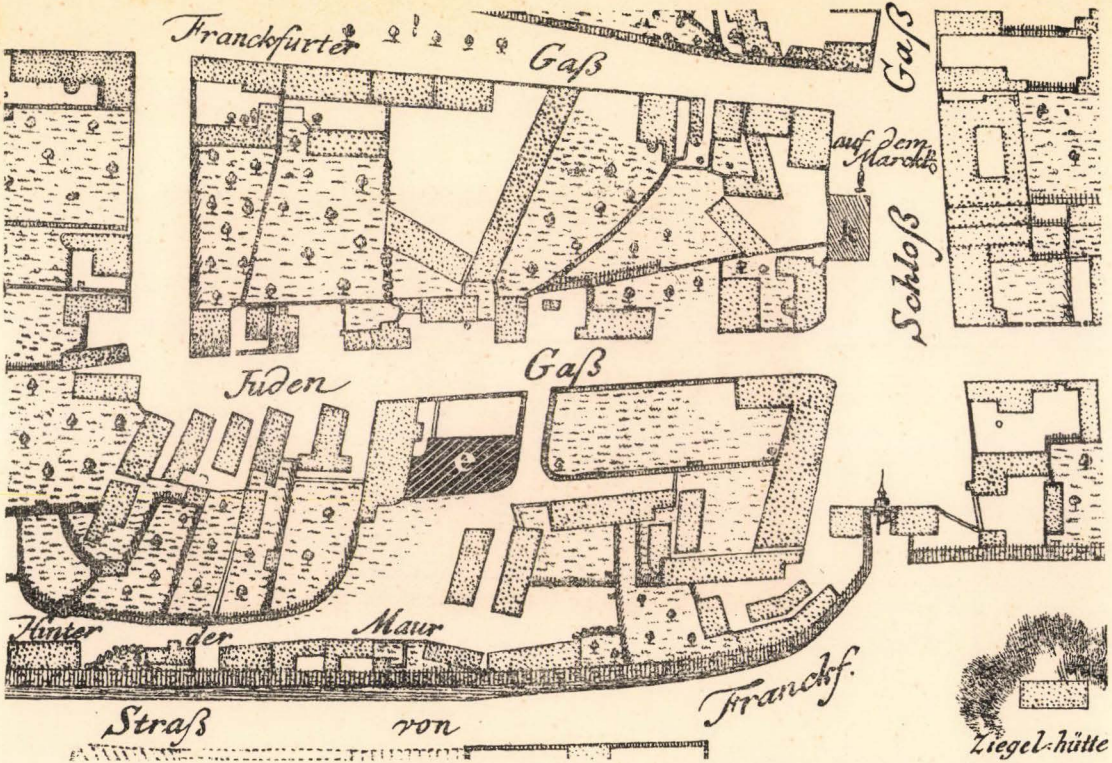
Lage=Plan

über das Anweſen der iſraelitiſchen Gemeinde
in der großen Marktſtraße, aufgenommen 1915.

Haus Nummer 12 Synagogengrundſtück mit Synagoge
⟨erbaut etwa 1728⟩.

Haus Nummer 14 Altes Gemeindehaus
⟨erbaut etwa 1770⟩

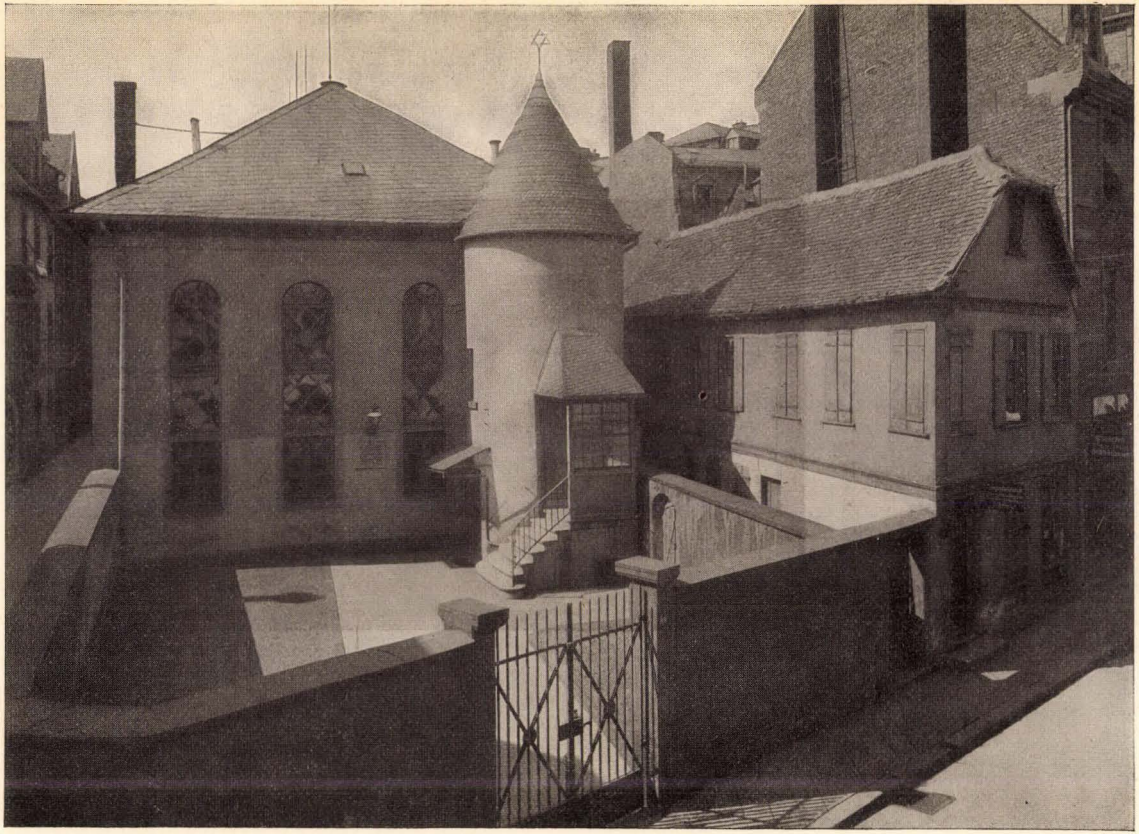
Haus Nummer 3 Neues Gemeindehaus
⟨erbaut 1900/1 an Stelle des 1751
gekauften iſr. Hospitalgebäudes⟩.



Stadtplan, um das Jahr 1720 ⟨e Synagoge⟩.



Rabbiner Dr. S. Formstecher.



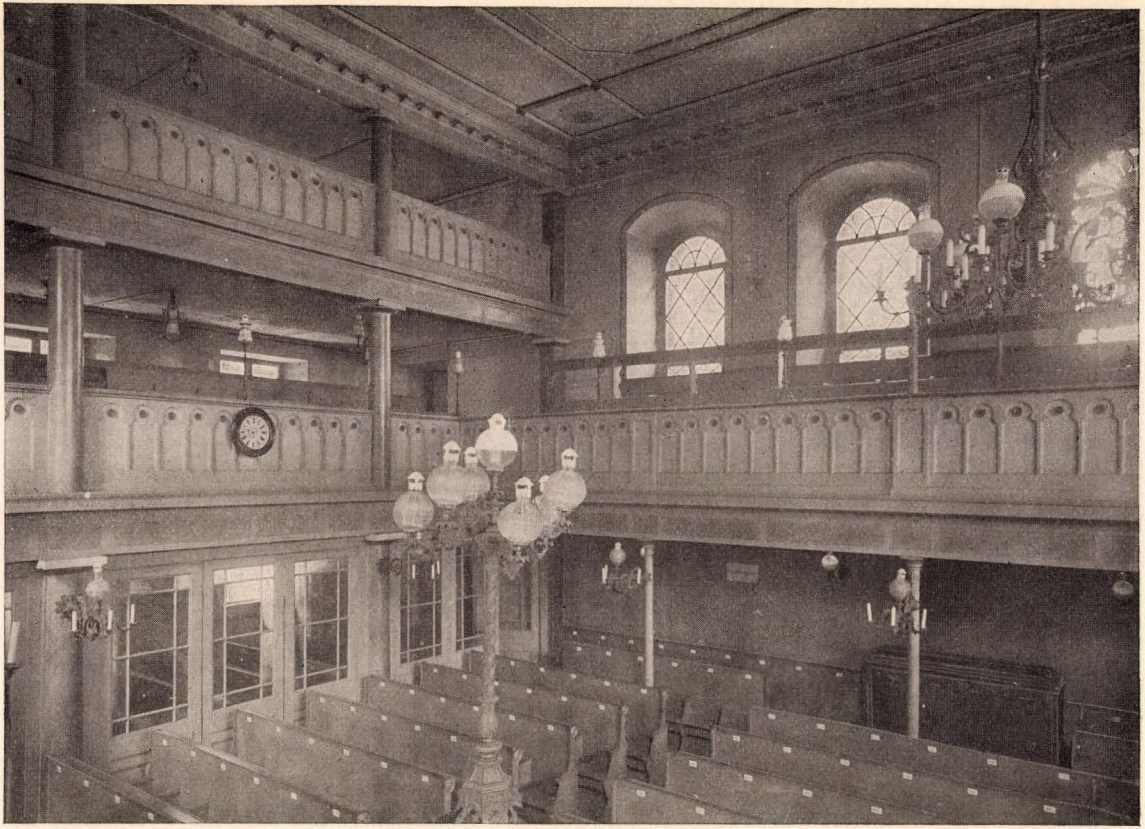
Synagoge und altes Gemeindehaus.



Altes Gemeindehaus ‹1770›
mit Verbindungsgang nach der Synagoge.



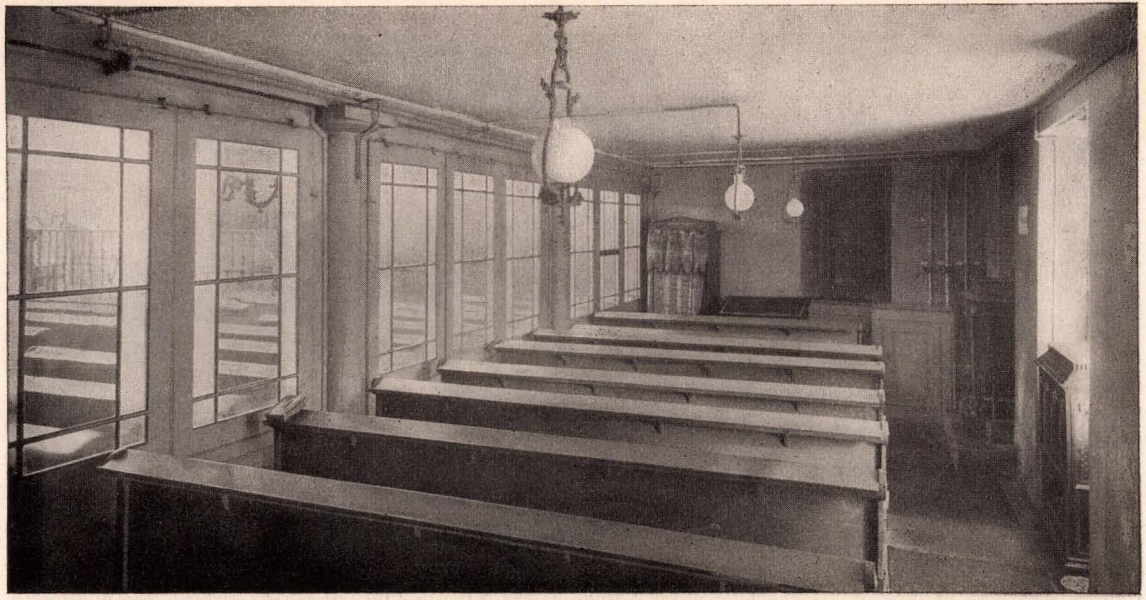
Hintergasse mit neuem Gemeindehaus ‹1900/1›



Inneres der alten Synagoge.



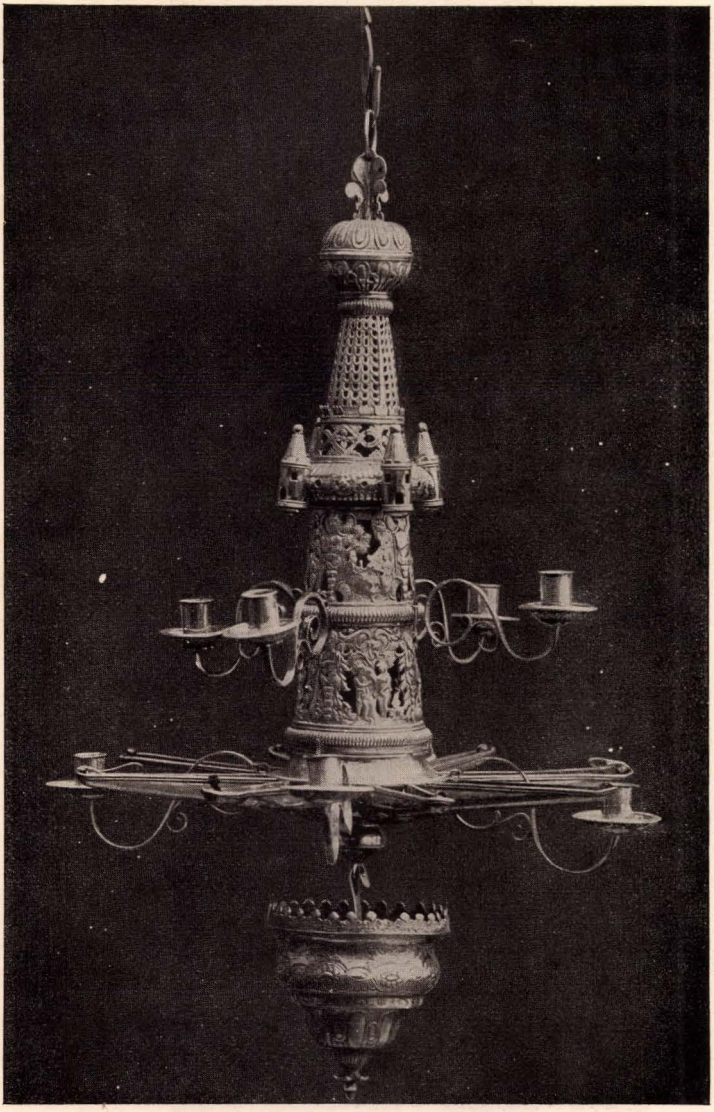
Inneres der alten Synagoge.



Abgeteilter Raum für Wochentag-Gottesdienst in der alten Synagoge.



Thoravorhang.
Unterer Teil 1725 — Oberer Teil älter, vielleicht 1552.



Alte Sabbat=Hängelampe.



Einzelteile der Sabbatlampe.





Einzelteil der Sabbatlampe.

Berichtigungen.

Auf Seite 94 kommt nach Vd nr. 5:

Averſionalaccord hinſichtlich des Sortenguldens, Weinzapfacciſes, Muſik- und Federlappengeldes. 1810. A III 3.

Auf Seite 96 kommt nach Muſikgeldes ⟨1815⟩:

A III 3.